1. Jahrgang. Nr. 44. Freitag, 21. Oktober 1921.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32. Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. Postsparkassakonto 57544.

Einzelpreis 70 Heller. Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16·— Kč, vierteljährlich 48·— Kč, halbjährig 96·— Kč, ganzjährig 192· Kč. Für Deutschösterreich monatlich 120·— 6K, für Deutschland 16·— Mk. Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Ein Ratschlag.

Der tschechische Universitätsprofessor Dr. Radl steht im Rufe eines vom Nationalismus freien, fortschrittlich denkenden Mannes. Er hat sich nun in der volkswirtschaftlichen Wochenschrift „Die Wirtschaft" über das nationale Problem im tschechoslowakischen Staate geäußert, indem er dort unter dem sonderlichen Titel: „Mechanische und organische Republikaner" einen Artikel veröffentlicht, der in einen Rat an die Deutschen ausklingt. Einen Rat allerdings, der recht bedenklich aussieht, wie überhaupt die Voraussetzungen, aus denen Radl zu ihm gelangt, nicht ohne Widerspruch bleiben können. „Mechanische" Republikaner sind für Radl die Deutschen, weil sie ein geographisch abgegrenztes Sudetenland fordern und er gibt ihnen den Rat — da nach seiner Meinung diese Forderung eine Reihe von Gefahren für sie selber berge und er diese Forderung offenbar für unrealisierbar hält — sich doch lieber dafür zu entscheiden, das territoriale Prinzip zu verlassen, sich als „organischer Teil der Republik" zu erklären und aus dieser Quelle ihre Bürgerrechte zu schöpfen. Die Weigerung der Forderung nach territorialer Autonomie zu entsprechen, wird von den tschechischen Nationalisten gemeinhin dadurch unterstützt, daß sie sie als eine Art Popanz hinstellen und unter den Tschechen von ihr ganz falsche Vorstellungen wecken. Professor Radl ist ein feingebildeter Mensch und er drückt sich gemessen und freundlich aus, aber unter der liebenswürdigen Form verbirgt sich doch die gleiche Kurzsichtigkeit, die seine minderhöflichen Konnationalen auszeichnet und auch er sieht innerhalb der Grenzen des tschechoslowakischen Staates nur tschechisches Gebiet, „versprengte Bruchteile des Deutschtums" und will nicht sehen, daß es auch deutsches Gebiet gibt. Radl bekundet damit im Grunde genommen, eine Auffassung, die wohl verbindlicher eingekleidet, doch nur jener entspricht, die einstmals in dem bekannten Wort von den „Kolonisten und Emigranten" ihren Ausdruck fand.

Durch seinen Ratschlag will Radl den Deutschen den Weg zeigen, auf dem sie das „natürliche Verhältnis zur Republik finden". Der gute Wille in allen Ehren, dennoch ist das, was er zur Begründung seines Ratschlages anführt, höchst anfechtbar. Er findet, daß sich auf die Deutschen das Selbstbestimmungsrecht „nicht so ohneweiters" anwenden ließe, da ihre Lage von derjenigen der Tschechen in Oesterreich-Ungarn prinzipiell verschieden sei. Er sucht dies geschichtlich dadurch zu begründen, daß er die angeblich verschiedenartige Entwicklung der beiden Nationen schildert und zu dem Schlusse kommt, daß die Deutschen in der tschechoslowakischen Republik keine besondere Nation darstellen, sondern nur einen „Bruchteil der Deutschen schlechtweg". Es würde zu weit führen, wollten wir auf die Einzelheiten dieser geschichtlichen Seite der Begründung, die wir für höchst nebensächlich halten, näher eingehen. Nur soviel sei gesagt, daß kein objektiv Denkender einzusehen vermögen wird, das Selbstbestimmungsrecht könnten nur Nationen in ihrer Geschlossenheit geltend machen und nicht auch so große „Bruchteile" einer Nation, wie es die Deutschen in der Tschechoslowakei sind. Die Deutschen, Italiener und Franzosen in der Schweiz stellen doch auch nur „Bruchteile" ihrer Nation dar, was nicht hinderte, dem nationalen Selbstbestimmungsrecht durch die kantonale Abgrenzung tunlichst Rechnung zu tragen. Es ist auch nicht richtig, daß die territoriale Autonomie, die möglichste Abgrenzung der Siedlungsgebiete die Deutschen zu schlechteren Bürgern des Staates machen müßte; sicher würde die den Siedlungsverhältnissen entsprechende geographische Gliederung des Staates besser gesinnte Bürger hervorbringen, als es die heutige Verfassung vermag, die nur ein slawisches Staatswesen kennt und an der die Tschechen, obwohl die Verfassung bei den anderen Nationen alles eher als dem Staate anhängliche Bürger schafft, dennoch derart festhalten, daß sie bis nun auch nicht den geringsten Versuch unternahmen, durch irgend einen Vergleichsvorschlag die beiden Nationen auf einer gemeinsamen Basis zusammenzubringen.

Unfaßbar geradezu ist es, wie Radl zu der Auffassung kommt, die praktische Folge der territorialen Autonomie wäre die Aufgebung aller deutschen Minoritäten. Es steht doch wohl außer Frage, daß für den Schutz aller Minoritäten, auch für jene der Tschechen im deutschen Gebiet, in entsprechender Weise gesorgt werden müßte. Das Beispiel, das er zur Begründung dafür anführt, daß die Schaffung eigener autonomer Gebietskörperschaften für die Deutschen schädlich wäre, geht daneben. Er meint, die Verlegung der deutschen Universität von Prag nach Deutschböhmen als einfache Konsequenz des Programmes der Deutschen, wäre die Schädigung der Universität, wie die Schwierigkeiten der tschechischen Universität in Brünn beweisen. Aber diese Schwierigkeiten liegen in den unzureichenden Vorbereitungen für die Errichtung der Brünner Universität, in dem durch die Wohnungsnot bedingten Mangel an ausreichenden Räumen und in dem Fehlen geeigneter Lehrkräfte, alles Dinge, die vielleicht zum geringen Teile auch bei der Verlegung der deutschen Universität sich geltend machen könnten, aber das alles hat mit dem Problem nicht viel zu tun. Wichtiger ist die Frage, ob die Belassung der deutschen Universität im tschechischen Prag angesichts der geübten Unduldsamkeit überhaupt möglich ist.

Die Bemühungen Dr. Radls um eine Verständigung seien gerne anerkannt. Sein guter Wille fällt umso mehr in die Wagschale, als er sich nahezu als einziger Tscheche bemüht, eine Formel für die Verständigung zu finden, unter Konzessionen von beiden Seiten die Streitteile auf einem Kompromiß zu einigen. Leider wird auch er nach dem Schweigen der tschechischen politischen Parteien und nach der Programmerklärung der Regierung, welche der nationalen Frage vollständig ausweicht, erkennen müssen, daß bei den Tschechen wenig Geneigtheit besteht, eine Einigung selbst auf der von Radl angestrebten Mittellinie zu suchen. Wenn er sagt, daß die Schlagwörter „Nationalstaat", „Nationalitätenstaat", „Selbstbestimmungsrecht der Völker", „Lostrennung der Deutschen von den Tschechen" nichts praktisches besagen, so sei er befragt, wo denn auf tschechischer Seite ein praktisches, greifbares, nationales Programm, ja, auch nur der Wille und die Erkenntnis der Notwendigkeit besteht, eine Verständigung zu suchen. Radl gibt zu, daß die Gesetze — auch das Staatsgrundgesetz — die er als „Parteienwerk" bezeichnet, vielfach unter dem Gesichtswinkel der Furcht vor der Illoyalität der Deutschen gemacht wurden und er glaubt, vieles könnte wohl vernünftiger gestaltet werden im Angesicht einer deutschen Partei, die in dieser Republik ihre natürliche Heimat erblicken würde, aber er wird uns kaum einen Versuch anführen können, der von tschechischer Seite je unternommen worden wäre, den Deutschen die Republik wenn schon nicht durch die Tat, so doch durch einen ernsten Verständigungswillen, zur „natürlichen Heimat" zu machen. Er meint weiters, etwas anderes als das „Schlagwort" vom Selbstbestimmungsrecht wären die Rechte auf Schulen, die Sprachenfrage bei Gericht und die Autonomie der Unterrichtsanstalten. Radl spricht aber auch hier nur für sich und gibt damit keinesfalls den Willen der tschechischen Parteien kund. Er unternehme doch einmal den Versuch, auf diesen Grundlagen Unterhandlungen herbeizuführen, an unserer Geneigtheit, darüber zu verhandeln, wird es nicht fehlen, aber wir fürchten, daß seinem Versuch Mißlingen bescheert wäre, da die übergroße Mehrheit seiner Nationsgenossen noch immer von der Machtideologie beherrscht ist und die Existenz einer nationalen Frage nicht zugeben will. So kommt denn seinem Ratschlag kaum mehr als eine theoretische Bedeutung zu.

Professor Radl hält übrigens selber nicht die Befolgung seines Ratschlages in absehbarer Zeit für möglich, allerdings sucht er die Schuld dafür bei den Deutschen. Gewiß soll nicht geleugnet werden, daß es auch bei den Deutschen Leute gibt, denen die ewige Feindschaft beider Nationen angenehm wäre, aber so liegt die Sache gewiß nicht, daß erst, wie Radl glaubt, ein „junger Deutscher", ein „klarer und kühner Kopf" kommen müßte, um über die deutschen Fanatiker hinweg das Werk der Einigung zu vollbringen. Die Durchsetzung unserer Rechte auf eine solche Hoffnung einzustellen brauchen wir wahrlich nicht, wir glauben vielmehr, daß die harten Tatsachen, die geschichtliche Entwicklung schon ungleich früher, als es das Wirken des ersehnten jungen Messiases vermöchte, unseren Kampf um das nationale Recht zum Ziele führen muß.

Fortsetzung der Programmdebatte.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Gestern wurde die Debatte zur Regierungserklärung fortgesetzt. Die haßerfüllte Rede Raschins gab den Auftakt des Tages. Der typische Vertreter des nationalistischen Finanzkapitals, dem unseligen Angedenkens der letzte Sparpfennig tausender Witwen und Waisen anvertraut war, sprach von der Stabilisierung des Kronenkurses. Die Opfer dieser für die Volkswirtschaft nötigen Stabilisierung haben in erster Linie die Arbeiter zu tragen. Die Fabrikanten fördert Raschin nur auf, mit gutem Beispiel voranzugehen; die Arbeiterschaft aber möge keine Lohnerhöhungen verlangen. Sehr kräftige Worte fand Herr Raschin gegen das Mieterschutzgesetz. Seine nationale Engstirnigkeit trat aber in seinem internationalen Währungskonsolidierungsplan zu Tage: wohl gehen die Tschechoslowakei die Währungen von Bulgarien, Rumänien und SHS. an und mit diesen Staaten soll an einer Währungsstabilisierung gearbeitet werden, aber auf Deutschland und Deutschösterreich, mit den wir doch auch sozusagen wirtschaftliche Beziehungen haben, vergißt Herr Raschin geflissentlich. Den Höhepunkt der Einsichtslosigkeit erreichten Raschins Ausführungen in seinem Bannfluch gegen die Kriegsanleihebesitzer, die unversöhnlichen „inneren Feinde", deren Geraunze man nicht nachgeben darf.

Von den nachfolgenden Reden, die mehr oder minder interessiert angehört wurden, sind die Ausführungen des Pfarrers Hlinka und des tschechischen Sozialdemokraten Binovec nicht ohne Bedeutung. Gegen 6 Uhr abends kam Abg. Schmeral zu Wort. Er befaßte sich vorerst mit der Außenpolitik Beneschs, die vollends im Banne von Paris stehe. Der Beweis hiefür sei die staatliche Hungeraktion für Rußland. — Warme, ja geradezu heiße Worte fand Schmeral für die Autonomie der 1½ Millionen Slowaken. Man hätte wohl erwarten können, daß sich der Führer der vereinigten Kommunisten auch der 3½ Millionen Deutschen in einem Nebensatz erinnern werde. Doch dies war nicht der Fall. Offenbar ist die revolutionäre Erkenntnis Schmerals vom Selbstbestimmungsrecht aller Völker noch nicht ganz ausgereift. Vorläufig langt sie nur so weit bei einsichtigen Tschechen, bei allen anderen Parteien, die für die Autonomie der Slowakei. — Nach einer regierungstreuen Rede des slowakischen Sozialdemokraten Markovic wurde die Sitzung nach der Ergänzungswahl in den ständigen Ausschuß und einigen anderen Formalitäten geschlossen.

Präsident **Tomaschek** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten. Die **Debatte über die Regierungserklärung** wird fortgesetzt.

Abgeordneter Dr. **Raschin** (Nat.-Dem.) begrüßt die Regierungserklärung deshalb, weil er eine Aenderung gegenüber sonstigen Erklärungen in ihr erblickt. Diesmal wird nicht nur für spätere Zeit versprochen, sondern Kritik der Arbeit für das nächste Ziel gegeben. Von seinem längst gegebenen Motto: „Arbeiten und Sparen" beginne wenigstens der zweite Teil verwirklicht zu werden; weil wir nicht mehr weiter könnten. Die Finanzkräfte des Volkes, erschöpft durch die bisherige Wirtschaft, vertragen keine Ausschreibung neuer Steuern. In den Kreisen der Beamten könne gespart werden, indem besondere Qualifikationen seine Leistungs- und Sparfähigkeit geben. Die Unternehmer müßten die Produktion erhöhen. Die Löhne müßten sinken. Die Frage der Bodenreform könne nur vom Gesichtspunkte der Produktionserhöhung gelöst werden. Scharf, unter Gegenkundgebung der tschechischen Sozialdemokraten, wendet er sich gegen das Mieterschutzgesetz. Er verweist auf die Unhaltbarkeit des Zustandes, daß im alten Haus ein Zins von 300 Kronen und gleichzeitig im neuen 3300 Kronen gezahlt werden. Ausführlich behandelt er die Frage der Banknoteninflation von Seiten der umliegenden Staaten. Dabei vergißt er nicht, Deutschlands Situation damit zu erklären, daß er die unverschämte Behauptung aufstellt, Deutschland wollte bewußt Unordnung im Staat erzeugen, um sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Polens finanzielle Mißwirtschaft sei auf die Verteidigung gegen das bolschewistische Rußland zurückzuführen. Wir müssen die Ausfuhr erhöhen, die Einfuhr herabsetzen. Die Kaufkraft der Krone im Inland könne nur steigen, wenn nicht bei jeder Preisänderung durch die Erhöhung der Löhne die Erzeugungskosten erhöht werden. Hierauf befaßt sich der Redner mit einer internationalen Währungsverbesserungsaktion. Die Nationaldemokraten werden die Regierung unterstützen, nur empfehlen sie dieser sich nicht von Schlagworten und Theorien blenden zu lassen.

Der ganze Haß Raschins gegen die Deutschen liegt in seinen Schlußworten: Die Liebe unserer Feinde im Inland werden wir durch kein Entgegenkommen erwerben. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt der Nichteinlösung der Kriegsanleihe und lassen uns durch kein wie immer geartetes Raunzen von dieser Taktik abbringen.

Brodecky (Tsch. Sozd. linke) teilt nicht den Optimismus der Regierungserklärung und nach ihrem bisherigen Auftreten im Staate sieht er, daß die Regierungserklärung nicht wird so durchgeführt werden, wie sie proklamiert wurde. Die Eisenbahnangestellten in der Slowakei sind in Massen entlassen worden. Was die Außenpolitik anlangt, kann die tsche-

choslowakische Abhängigkeit von Frankreich für uns verhängnisvoll werden. Die große Entente ist nur vom kapitalistischen Geist beseelt und die Kleine Entente ist ganz von reaktionären Geist auch in wirtschaftlicher Beziehung erfüllt. Redner zeigt die Folgen des freien Handels auf und setzt Zweifel in die baldige Erledigung der Invalidenversicherung. Es erwecke den Anschein, daß die Regierungserklärung Beneschs nur eine Fortsetzung von Cernys großem Programm sei.

Hlinka (Slow. Klerikaler) polemisierte gegen den christlichsozialen Abgeordneten Sellen, dessen ungarische Rede bei den Slowaken Protest hervorgerufen hat, und verwahrt sich dagegen, daß Selley im Namen des slowakischen Volkes spricht. Der Regierung gegenüber wolle die slowakische Volkspartei eine bestimmte Reserve bewahren. Sie habe wohl Vertrauen zu ihr, aber die slowakische Volkspartei erwarte auch Taten. Redner stellt folgende Forderungen auf: 1. daß das slowakische Volk als slowakisches Volk angesehen wird, 2. daß der Minister für die Slowakei nicht ohne, sondern mit allen Portefeuilles ernannt werde, 3. daß vor allem Slowaken und erst dann Tschechen im Gericht und der Administration ernannt werden. — Hlinka wird für die Regierungserklärung stimmen.

Hruschovsky. (Nationalsozialist aus der Slowakei.) Polemisiert gegen die von Hlinka vertretenen Autonomiebestrebungen der Slowaken und wendet sich scharf gegen die magyarische Politik Lelleys, der eigentlich nur für die magyarische Diplomatenloge gesprochen hat. Er wird für die Regierung stimmen.

Mlcoch (Gewerbepartei) ist für größte Sparsamkeit, für die Verringerung der Ministerien und weist auf das Mißverhältnis der Staatsbürger zu der großen Zahl der staatlichen Beamten und Angestellte hin. Das Handelsministerium ist insbesondere für die Gewerbetreibenden geschaffen. Weiters verurteilt Redner die unvernünftige Konfiskationspraxis, die er an einem Beispiel aufzeigt. In einer Erklärung gibt er die Forderungen seiner Partei an die Regierung bekannt.

Abg. **Vinovec** (tschech. Soz.-Dem.) zieht zunächst gegen die Beamtenregierung los. Seine Partei sei in die Regierung gegangen, um das von ihr abhängige Schicksal der Arbeiterschaft zu lenken. Er wendet sich gegen den Absolutismus des Bodenamtes. In dieser Frage müsse größte Rücksichtnahme auf die Landarbeiter, nicht auf ausländische Großgrundbesitzer geübt werden. Eher erhalte z. B. der Deutsche oder Magyar Boden in der Slowakei als ein Landarbeiter. Er warnte ferner vor balkanähnlicher Zollpolitik und ermahnt die neue Regierung, der Vereinbarungen bezüglich der Ernährungsverbilligung einzuhalten. (Beifall.)

Abg. **Masata** (tschech. Agrarier) ist davon überzeugt, daß die neue Regierung die kulturelle, wirtschaftliche und soziale Entwicklung ermöglicht.

Abg. Dr. **Schmeral** (Kommunist) ist davon überrascht, daß Benesch als Fachmann eine Außenpolitik treibe, die vor allem auf Frankreich Bedacht nehme. Schon in Bezug auf die geographische Lage dieses Staates sei diese Verbindung unmöglich. Sentimentalität sei hier unangebracht. Frankreichs Reaktion sei sicher Herrn Benesch bekannt. Wir wollen nicht wie Polen und Rumänien Frankreichs Vasallen sein." Frankreich stehe gegen Deutschland und Rußland. Aber dieser Staat habe an Rußland vor allem mehr Interesse und davon enthalte die Regierungserklärung nichts. Richte sich Herr Benesch auch hier nach Frankreich? Schmeral wendet sich gegen Verträge mit Polen. Denn das ergäbe eine kleine Entente, von Frankreich nur gegen Rußland gemacht. Dabei deutet er auf die Verfolgungen in Jugoslawien und Rumänien. In das Kapitel der Außenpolitik gehöre auch die Frage der **Aktion für das hungernde Rußland** umsomehr, als Benesch vor kurzer Zeit so für sie eintrat, daß er entschlossen war, vor das Parlament mit einer diesbezüglichen Bitte um eine Finanzierung zu treten. Man müsse nun annehmen, daß er unter dem Pariser Druck davon zurückgetreten sei. So reihe sich die Tschechoslowakei in dieser Beziehung den kapitalistischen Staaten an. Der Redner verweist auf die Brüsseler Konferenz und auf ihre im englischen Regierungsblatte betonte Erfolglosigkeit. Der einzige Ausweg, sagt Schmeral, sei die Aufnahme der Beziehungen mit Rußland, anstatt die russische Kontrerevolution in Prag selbst zu stützen. Er verweist ferner auf Italien, das dem Minister vor den Kopf gestoßen habe, als es um die österreichisch-ungarischen Verhandlungen ging. Hier prophezeit der Redner dasselbe, was schon Burian vorgebracht hat: den Sieg der monarchistischen Reaktion und ihre notwendigste Abwehr. Anschließend daran knüpft er an die inneren nationalen Probleme an und berührt **nur das der Slowakei.** Er fordert vollständige, nicht bloße formale Autonomie mit allen ihren Konsequenzen. „Das Volk hat ein Recht auf Selbstbestimmung." Zum Schluß wendet er sich gegen die Auslassungen des Präsidenten des Staates in Bezug auf **den** Kommunismus, gegen die Konfiskationen, Verfolgungen, Einkerkerungen und Gerichte. Darüber schweige die Regierungserklärung. (Beifall bei den Kommunisten.)

Abg. Dr. **Markowitsch** (tschech. Soz.-Dem.) polemisiert zunächst gegen Dr. Schmeral bezüglich der Slowakei. Das Schlagwort: Irredentismus erzeuge dort Magyaronentum. Der unexponierte slowakische Minister müsse einen Ausschuß schaffen, der zum Organ der Mitarbeit mit den Angehörigen der Koalitionsparteien ähnlich wie die „Petka" werden könnte. Die Hauptstütze der Slowakei sei das arbeitende Volk, das vor den wachsenden Großkapital geschützt werden müsse. Die Gauverfassung nur auf die Slowakei zu beschränken, sei gefährlich. Er tritt für ein einheitliches Verwaltungssystem ein, warnt vor einer dem Pittsburger Vertrage entspringenden Autonomie und erklärt, daß die Slowaken-Sprache, ja Existenz den Tschechen zu verdanken hätten.

Der Vorsitzende Tomaschek ruft den Abg. **Juriga** zur Ordnung, der während der Rede des Abg. Dr. Markowitsch ausrief, daß Dr. Schrober schon genug Unannehmlichkeiten bereitet habe. Darauf erfolgte die Unterbrechung der Debatte über die Regierungserklärung. Darauf wurden die Ergänzungswahlen in den ständigen Ausschuß vorgenommen. Der Antrag der Abg. Malypeter, Dr. Mazanec, Dr. Franke, Dr. Raschin, Johannis und Genossen bezüglich eines 32gliedrigen vereinigten Rechts- und Verfassungsausschusses und eines ebensolchen neuen vereinten sozial-politischen und Staatsangestelltenausschusses wurde angenommen. Die Sitzung ist um 7 Uhr beendet. Nächste Sitzung heute 11 Uhr.

* * *

Interparlamentarische Union. Zum Zwecke des Beitrittes der Abgeordneten der Tschechoslowakei zur interparlamentarischen Union und Bildung einer Gruppe der Union in der Slowakei wurde über Einladung des Präsidenten Tomaschek eine Sitzung abgehalten, in welcher ein dreigliedriger Vorbereitungsausschuß gewählt wurde.

* * *

Aus den Ausschüßen.

Gewerbeausschuß.

In der Sitzung am 20. Oktober protestierte der Nationaldemokrat Petrovicky gegen die Zuweisung des Antrages Holitscher auf Verbot der Verabreichung von alkoholischen Getränken an Jugendliche, an den Gesundheitsausschuß. Sie fordern die Zuweisung an den Rechtsausschuß, an den sozialpolitischen und Handels- und Gewerbeausschuß. Die Nationaldemokraten behaupten, daß dieser Antrag angeblich unter der Arbeiterschaft eine ganze „Revolution" hervorgerufen habe, weil die Kinder der Arbeiter nichts zu trinken bekommen können. In gleichem Sinne sprachen die Schankgewerbevertreter Andel und Mlcoch. Für die Abweisung des bürgerlichen Antrages sprachen sich die tschechischen Sozialdemokraten aus. Die Kommunisten beteiligten sich überhaupt nicht an der Debatte. Genossin Kirpal rügte das Verhalten des Vorsitzenden wegen Mißbrauchs der Handhabung der Geschäftsordnung, verweist darauf, daß die ganze Debatte unzulässig sei und spricht sich gegen die Zuweisung an den Handels- und Gewerbeausschuß aus. Gegen die Zuweisung an den Rechtsausschuß wäre nichts einzuwenden.

Der Abg. Petrovicky verlangt schließlich, die Klubs mögen sich zu seinem Vorschlag äußern.

Die Stellungnahme der Kommunisten.

Schmeral und Genossen haben lange gebraucht, ehe sie in den österreichisch-ungarischen Streit um Westungarn eingriffen, nun sie es aber tun, fahren sie auch gleich das schwerste Geschütz auf. Wochenlang verkündigten sie im „Rude Pravo" und im „Vorwärts", daß der Hader ein Konflikt bürgerlich-kapitalistischer Klassenstaaten sei und sie weniger als nichts anginge, jedem Eingreifen der Tschechoslowakei sagten sie die heftigste Fehde an. In den letzten Tagen konnte man es bereits anders lesen und plötzlich überrascht uns zu Parlamentsbeginn der Klub der tschechischen und deutschen kommunistischen Abgeordneten mit einer geharnischten Erklärung.

Spät aber doch erkennen unsere heimischen Pächter der Revolutionsdoktrin, was, von uns aufgestört, bereits alle Spatzen des Philistertums von den Dächern pfeifen: daß Westungarn bloß eine Etappe ist im Vorstoß der grausamsten weißen Reaktion; daß die ungarischen Grafen in Oedenburg und Steinamanger festen Fuß behalten wollen, um von hier aus das Herz des proletarischen Mitteleuropa, das rote Wien, tödlich zu treffen; daß von Budapest und dem eroberten Wien her die Welle der monarchistischen Restauration sich über Bayern und Tirol, über die Slowakei und die Südslawen ergösse und alles fortwüsche, was die Arbeiterschaft an sozialen und republikanischen Errungenschaften ihr Eigen nennt. Benedig war vielleicht ein Schritt zum Frieden, vielleicht aber auch — die Bethlens und Banffys mahnen zur Vorsicht! — eine machiavellistische Komödie, deren Kulissenspiel helfen soll, Zeit zu gewinnen, bis die Ernte Horthys oder Karls ganz schnittreif geworden ist.

Kreibichs und Schmerals staunende Augen beginnen endlich, das wahrlich nicht allzu fein gesponnene Netz zu durchschauen, und deshalb verpflichten sich die von ihnen geführten Parteien, da sie schon die nicht existierenden mitteleuropäischen Sowjetrepubliken nicht schützen können, wenigstens die bürgerlichen Republiken Mitteleuropas mit Waffengewalt zu verteidigen. Was wir immer behauptet haben, daß etwas, nämlich die Bourgeoisrepublik, besser ist als gar nichts, als die Monarchie, und weshalb uns die Kommunisten in allen Tonarten „Opportunisten" schmähten, wird so mit einemmal ihr Glaubensbekenntnis und ihre dringendste Forderung. „Wir halten," versichern sie, „diesen Kampf für die Pflicht aller Parteien und Lager, die sich feierlich für republikanisch erklären. Die Horthy-monarchistische Reaktion bedroht auch die tschechoslowakische Republik und wir erklären deshalb, daß es die Pflicht aller aufrichtigen Republikaner in der tschechoslowakischen Republik ist, diese Reaktion mit energischen und überhaupt mit allen Waffen abzuwehren und niederzuringen und so die republikanische Staatsordnung in ganz Europa zu verteidigen."

Deutlicher und bündiger kann man sich wirklich nicht auf den Boden der gegebenen Verhältnisse stellen und ebenso bedeutet es ein Bekenntnis zur Realpolitik, wenn unsere Kommunisten den österreichischen Arbeitern die Hand zum Kampfbündnis anbieten. Denn daß deren Verteidigungskampf einem Deutschösterreich gälte, wie es die Sozialdemokraten und nicht wie es die Männer der „Roten Fahne" wünschen, weiß Kreibich ebenso genau, wie Schmeral wissen dürfte, daß die Hauptsorge der bei uns entscheidenden Parteien einer unangetasteten Slowakei gilt. Der neue Rütlischwur der Kommunisten stärkt also, wofern er mehr sein will als eine tönende Fanfare, die Stellung aller „staatserhaltenden" Parteien und ihres Feldherrn Benesch, ganz verschämt und schüchtern klebt er der alttschechischen Koalition ein brennendrotes Schwänzchen an.

Weil aber vorsichtige Politiker auf ein Alibi niemals vergessen dürfen, so lehnt die zweite Hälfte der Erklärung „alle Nebenabsichten, welche bei dieser Gelegenheit auftauchen könnten, ab. Wir weisen," fährt die Parteinote fort, „die Ausnützung der Pläne und Taten Horthys zu wo immer für imperialistischen, militaristischen und annexionistischen Versuchen von seiten welcher Faktoren immer in der tschechoslowakischen Republik zurück, wir lehnen eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs und Ungarns gegen den Willen und Wunsch der österreichischen oder ungarischen Arbeiterschaft ab. Wir verlangen eine sichere Garantie dafür, daß jegliche Aktion gegen die Horthymonarchistische Reaktion nur für das republikanische System unternommen werde und daß sie nicht zur Durchsetzung irgendwelcher unlauterer republikanisch-chauvinistischer Intriguen verwendet werden." Diese Verwahrung ist ebenso gut und notwendig, wie die Forderung schön und platonisch ist, daß die Regierung das augenblickliche reaktionäre System sofort aufhebe und die unbeschränkten bürgerlichen Freiheiten dahin sofort wieder einführe.

Wenn aber die Erklärung dann von Benesch „Garantien" verlangt, daß sich die österreichische und die ungarische Arbeiterschaft — wohl nach der Besiegung Horthys und der Seinen — nach eigenem Willen in ihren Staaten einrichten dürfte und daß sie von der tschechischen Regierung mit Waffen verfolgt werde, so dünkt uns das eitel Spiegelfechterei. Solche „Garantien" wird die Koalition von Kramarsch bis Habrman niemals geben. Besteht Schmeral ernsthaft auf ihnen, dann ist er in der Tat nicht bereit, auch nur einen Finger zur Rettung des mitteleuropäischen Republikanismus zu rühren. Hat er aber diese Garantieforderungen nur als Rosinen seinem Kuchen eingebacken, um ihn den Parteigenossen schmackhafter zu machen, so reduziert sich seine Sorge um Mitteleuropa nach wie vor auf — eine Sorge um die Slowakei. Für solche parteitaktische Kunststückchen aber ist uns die Frage zu ernst, zu brennend wichtig. Wir sehen Deutschösterreich noch immer in Gefahr, sehen die Habsburger noch immer den Frieden der Welt, unseren eigensten Frieden bedrohen. Ohne Einschränkung und Verwahrung heißt es ihnen entschlossen die Zähen zeigen! Gelingt es der vereinten Kraft der Arbeiterschaft, denn nur diese ist verläßlich antimonarchistisch, den Ansturm der Reaktion zurückzuschlagen, dann ist uns um die Zukunft nicht bang. Hat doch dann die Arbeiterschaft bewiesen, daß sie das Heft in der Hand hat, und dann trägt sie die von den Kommunisten verlangten „Garantien" in sich selber! Sozialpatriotismus und revolutionäre Geste hingegen, wie sie die „Erklärung" der Kommunisten als die beiden einzigen Alternativen eines Ausdeutungsversuches freiläßt, helfen der Sache der Reaktion, weil diese verschiedene, die Einheit zerstörende Parolen unter das Proletariat geworfen sieht.

Der Kampf um die Sozialversicherung.

Im Laufe der Debatte über die Regierungserklärung kam im Abgeordnetenhause der tschechische Sozialdemokrat Dr. Leo Winter zu Wort, der sich insbesondere mit dem Problem der Sozialversicherung befaßte. Gerade weil Dr. Winter einer Partei angehört, die ihre Vertreter in der Regierung hat, erachten wir es für wichtig, aus seinen Ausführungen einiges zu entnehmen. Dr. Winter erzählte zunächst, daß das Ministerium für soziale Fürsorge eine Kommission eingesetzt habe, die beauftragt ist, einen neuen Gesetzentwurf über die Sozialversicherung auszuarbeiten. Im Namen der Mitglieder dieser Kommission erklärte Dr. Winter, daß die Arbeiten mit möglichster Beschleunigung werden fortgeführt werden. Dr. Winter fuhr dann fort: „Ich möchte mich, meine Herren, bei dieser Gelegenheit noch über eine andere Sache äußern. Ich habe in der letzten Zeit, in den letzten vierzehn Tagen, da die Umrisse der neuen Regierung klar geworden sind, Nachrichten von einigen Seiten erhalten, daß die Sozialversicherung angeblich nicht durchgeführt werden wird, daß sie eine Marotte der Sozialdemokratie und der Nationalsozialisten ist, daß es notwendig ist, diese zwei Parteien dadurch zu beruhigen, daß man reden wird, debattieren, schreiben und gelegentlich auch an den betreffenden Vorlagen arbeiten, aber daß in Wirklichkeit niemand an die Verwirklichung des Gesetzes denkt. — Meine Herren! Heute hat sich der Herr Vizepräsident Dr. Czech in seinen einleitenden Worten auch mit diesen Nachrichten befaßt und geglaubt, daß auch die Regierungserklärung in diesem Punkt unklar ist, daß sie jene Auslegung zulasse, die in verschiedenen Kreisen unserer Oeffentlichkeit zum Ausdruck gekommen ist. Und es ist wahr, daß es eine Wendung in der Regierungserklärung gibt, die davon zuzeugen scheint, daß diese Tendenz auch in Regierungskreisen verfolgt wird. Auf Grund einer Versicherung, die mir sowohl vom Ministerpräsidenten als auch vom Minister für soziale Fürsorge gegeben worden ist, kann ich sagen, daß die Regierung diesen in unserer Oeffentlichkeit verbreiteten Standpunkt nicht teilt, daß sie die Sozialversicherung nicht als ein Experiment betrachtet, nicht als eine Angelegenheit, die erst in unabsehbarer Zeit vielleicht einmal durchgeführt wird, sondern daß sie wirklich auf dem Standpunkt steht, daß die Sozialversicherung zur Durchführung gelangt."

Damit hat Dr. Winter bestätigt, daß die Stelle in der Regierungserklärung, die von der Sozialversicherung handelt, reichlich unklar ist. Im übrigen nehmen wir die Energie, mit der Genosse Winter für die Durchführung der Sozialversicherung sich eingesetzt hat, mit Freuden zur Kenntnis. An unserer Unterstützung wird es nicht fehlen, wenn die tschechischen Sozialdemokraten den Kampf um die Sozialversicherung kraftvoll führen werden wollen. Es ist nur zu hoffen, daß politische Rücksichten auf die Regierungskoalition die Kraft der tschechischen Sozialdemokratie nicht schwächen werden. In dieser Hinsicht legen den tschechischen Sozialdemokraten die Worte ihres Sprechers Dr. Winter Verpflichtungen auf.

Demission der sozialistischen Minister in Belgien.

In La Louvière fanden antimilitaristische Kundgebungen statt, bei welchen Fahnen mit kriegsfeindlichen Emblemen verwendet wurden. Der Sozialist **Anselle** nahm es sich heraus, als Minister des noch immer kriegspsychotischen Belgien an dieser Kundgebung teilzunehmen. Er wurde deshalb vom Ministerpräsidenten zurechtgewiesen, was ihn zur Demission veranlaßte. Der Ministerpräsident verlas am 19. ds. M. in der Kammer das Entlassungsgesuch des Ministeriums für Landesverteidigung und berichtete, Anselle habe ihm erklärt, daß die Kundgebung keinen landesfeindlichen Charakter gehabt habe und das Emblem auf den Fahnen rein symbolisch gewesen sei. Er habe Anselle erwidert, daß er dieses Emblem als gehässig gegen Belgien ansehe und **nicht zulassen könne, daß ein Minister des Königs bei der Ueberreichung eines solchen Emblems zugegen sei.** Minister Anselle habe ihm darauf sein Entlassungsgesuch überreicht und die übrigen sozialistischen Minister hätten das Gleiche getan. Der Ministerpräsident erklärt weiter, es gebe in Belgien keine Militaristen, sondern nur Belgier, die unter der deutschen Invasion gelitten hätten und die nicht wünschen, daß sie wiederkomme. Ehe wir abrüsten, wollen wir warten, bis Deutschland die Entwaffnung vollzogen hat. **Wir wollen, daß das Land lebe,** und **deshalb müssen wir bereit sein. Diejenigen, die das Gegenteil empfehlen, wir-**

Anstalt kam, erkrankt und ins Krankenhaus eingeliefert worden. Die schulpflichtigen Kinder würden bei Krankheitsverdacht ebenso wie die Erwachsenen isoliert und schon vor dem reifen Alter in die Folgen dieser scheußlichen Zeitkrankheit eingeweiht. Die Rednerin versicherte, daß alles getan werde, was nur möglich sei. Bemerkenswert sei übrigens, daß sich unter den die eigene Anstaltsschule besuchenden Kindern noch kein einziger Krankheitsfall ereignet habe. Die Fälle erstreckten sich auf die die Volksschule besuchenden Kinder. Vielleicht erfolge dort die Ansteckung, weshalb es zweckmäßig wäre, für eine gründliche Reinigung und Sauberkeit der Schulaborte zu sorgen. Nach ärztlichem Ausspruch gehören die Kinderanstalten inbezug auf Sauberkeit zu den bestgeleitetsten. Daß die Ansteckung in den Anstalten erfolgt sei, könne niemand behaupten.

Das Post- und Telegraphenministerium verlautbart: Für die Dauer der am 28. Oktober beginnenden Arbeitskonferenz in Genf werden Preßtelegramme in Verkehre zwischen der Tschechoslowakei und der Schweiz zum halben Tarifsatze während des ganzen Tages und der Nacht angenommen und befördert.

Arbeiterkreuzer unterschlagen. Der Kassier der Biliner Ortsgruppe der Glasarbeiter, Josef Grobauer, ein bekannter Kommunist, befindet sich in Haft, weil er die ihm anvertrauten Gelder für sich verwendet hat. Auch die Gelder für den russischen Hilfsfonds benützte er dazu, sich in erster Linie selbst zu helfen. Die Höhe des Schadens ist noch nicht genau ermittelt, beträgt aber sicher über 10.000 Kronen.

Bei der Arbeit verletzt. In der Hradebni ulice auf der Altstadt verbesserte der Feuerwehrmann Franz Kobelar Mittwoch gegen zwei Uhr nachmittags die Telegraphenleitung. Plötzlich brach eine Sprosse seiner Leiter und er stürzte aus einer Höhe von vier Metern herab. Er erlitt eine Verletzung am Kopfe und wurde nach ärztlicher Hilfeleistung in häuslicher Pflege überlassen.

Unfall im Zirkus Kludsky. Bei der am Mittwoch Nachmittag stattgefundenen Kindervorstellung im Zirkus Kludsky fiel der neun Jahre alte Schüler Wenzel Zatursky vom Gerüst, das den Stehplatz einschließt, zwei Meter tief hinab und fiel auf einen Balken auf. Er erlitt eine Gehirnerschütterung und wurde ins Kinderspital in Prag gebracht.

Vom elektrischen Wagen umgestoßen wurde gestern Nachmittag auf der Stefanikbrücke der 15 Jahre alte Rasierlehrling Emanuel Kadlec aus Holleschowitz. Er erlitt eine Verletzung am linken Knie und mußte ins Allgemeine Krankenhaus geschafft werden.

Diebstahl von Jagdgewehren. In der Nacht auf den 9. Oktober wurden aus dem Magazin der Wirtschaftsgenossenschaft in Unhoscht acht Jagdgewehre im Werte von 12.000 Kronen gestohlen. Die Gendarmerie stellte fest, daß den Diebstahl Karl Forejt und Josef Stolba aus Unhoscht und Wenzel Castka aus Buschtehrad verübt haben. Die gestohlenen Gewehre wurden bei ihnen und ihren Verwandten vorgefunden. Die Diebe wurden dem Strafgerichte eingeliefert.

Ungarische Unverschämtheiten.

Budapest, 20. Oktober. Ein nichtgenannter „führender magyarischer Politiker, der die westungarische Frage genau kennt", schreibt im heutige „Pesti Hirlap":

Der Beschluß des Außenausschusses des österreichischen Nationalrates kommt in Wirklichkeit einer Ablehnung des Abkommens von Venedig gleich. Das Vorgehen der österreichischen Regierung in dieser Frage steht in **scharfem Widerspruch zu allen diplomatischen Gewohnheiten.** Diplomatische Vereinbarungen müssen entweder vollinhaltlich angenommen oder einfach abgelehnt werden. In letzterem Falle sollten die Regierung oder ihr Außenminister demissionieren. Das Abkommen von Venedig ist definitiv, es kann nicht modifiziert werden, weshalb die Bemerkungen des österreichischen Außenausschusses als Grundlage für weitere Vereinbarungen nicht angenommen werden können. **Die magyarische Regierung ist in Venedig bis zur äußersten Grenze gegangen,** die sie nicht überschreiten wird, da sie sonst mit der magyarischen öffentlichen Meinung in Konflikt geraten würde. Diplomatische Vereinbarungen sind verbindlich, es geht nicht an, sich ihnen unter Berufung auf das Parlament zu entziehen. **Wenn Oesterreich sich ihnen nicht unterwerfen will, mag es dies offen sagen.**

(Der Erguß verdient als Musterbeispiel betharischer Verdrehungskunst gebucht zu werden. Der „führende Politiker" wagt, „diplomatische Vereinbarungen" als bindend zu erklären, trotzdem Horthy den Vertrag von Trianon verhöhnt und durch diesen Hohn das Abkommen von Venedig erschlichen hat. Er wagt, zu erklären, die „magyarische Regierung sei in Venedig bis zur äußersten Grenze gegangen," obwohl jeder Schritt Landes, den sie dort gewann, die Frucht einer schamlosen Erpressung ist. Wahrlich, es gehört eine Stirn sondergleichen dazu, in Betharien „führender Politiker" zu sein. D. Red.)

Immer wieder Bandenüberfälle.

Wien, 20. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat.") Bei Poeting schossen Banditen auf österreichische Posten. Die Banden haben dort auch Maschinengewehre aufgestellt. Gestern vormittags beobachteten Zivilisten sechs Fuhrwerke, die mit Rüstungsmaterial beladen, gegen Siegersdorf fuhren. Banditen unternahmen bei Neudau einen Feuerüberfall mit Maschinengewehren. Das Feuer wurde von unseren Truppen erwidert. Die Banditen wurden vertrieben.

Kampf gegen die Bolschewiken

Wien, 20. Oktober. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat".) Der Vorstand der Organisation der Wiener Journalisten hat heute folgende Depesche an den ungarischen Ministerpräsidenten abgesendet: „Aus Gründen der Menschlichkeit und des Gefühls journalistischer Solidarität erlauben wir uns an Euere Exzellenz das dringende Ansuchen zu richten, die Vollstreckung des gegen unseren Berufsgenossen Paul Keri gefällten Todesurteils, über dessen Motivierung wir als eine aus Journalisten aller Parteirichtungen zusammengesetzte Standesvertretung uns jeder Meinungsabgabe enthalten, unter keinen Umständen geschehen zu lassen."

Die Wiener Journalisten für Paul Keri.

Wien, 20. Oktober. Der Ukrainische Pressedienst meldet aus Lemberg: Die Bauernbewegung gegen die Bolschewiken in der Ukraine hat das ganze Kiewer Gouvernement erfaßt und nimmt einen drohenden Charakter an. Der Konflikt zwischen dem Lande und den Städten ist scharf. Die Bauern erklären die Städte als Parasiten und Zufluchtsstätten der Bolschewiken. Abteilungen gutbewaffneter Bauern überfallen die kleinen Städte und ermorden hier Kommissäre und Kommunisten.

In einer zweiten Meldung des Ukrainischen Preßbüros heißt es: In Kiew besteht eine ukrainische terroristische Organisation, die sogenannte „schwarze Maske", die sich zum Ziel gesetzt hat, die Sowjetfunktionäre zu beseitigen und in den Reihen der Arbeiter und der roten Soldaten eine intensive sowjetfeindliche Propaganda zu betreiben. In der letzten Zeit fielen den terroristischen Angriffen dieser Organisation der Leiter der Kiewer Tscheka, der bolschewistische Kommissär in Podolien und sein Gehilfe zum Opfer. In den Reihen der Kommunisten herrscht Panik.

Das tschechoslowakisch-polnische Abkommen.

Berlin 20. Oktober. (Korrespondenz Simon.) **1. Die den Vertrag abschließenden Staaten verpflichten sich, dahin zu wirken, daß die Friedensverträge von St.Germain und Versailles gewahrt werden, und sich im Konfliktsfalle über die Maßnahmen zu verständigen, welche getroffen werden müßten. 2. Neutralitätserklärung im Falle eines Angriffes von seiten eines dritten Staates. — 3. Polen erklärt sein Desinteressement an der Tschechoslowakei und die Tschechoslowakei an Polen. — 4. Polen garantiert der Tschechoslowakei den Transit nach Rußland, die Tschechoslowakei dafür Polen den Transit nach Oesterreich und Magyarien. — 5. Im Falle eines Konfliktes zwischen den beiden den Vertrag abschließenden Staaten verpflichten sich beide Parteien, daß sie sich einem obligatorischen Schiedsgericht unterordnen werden. — 6. Die den Vertrag abschließenden Staaten verpflichten sich, keine Verträge abzuschließen, welche dem Sinne und dem Wortlaute dieses Vertrages widersprechen würden. Polen tritt der kleinen Entente nicht bei. Eine Bestimmung, welche über Wunsch des Ministers Benesch Polen zu einer direkten antihabsburgischen Erklärung verpflichtet, wird in den Vertrag nicht aufgenommen werden.**

(Nach einer Erklärung des polnischen Außenministers Skirmunt tritt Polen der kleinen Entente nicht bei, weil es Teschens wegen mit der Tschechoslowakei sich nicht verbünden kann. Balfour freilich meinte vor einigen Tagen, daß sich Polen und Tschechen über die Teschener Frage musterhaft geeinigt haben. Und zweitens halte Polen vom Anschluß an die kleine Entente Ungarn ab, da es auf eine Revision der den Polen heiligen Friedensverträge hinarbeite. Wieso Skirmunt Ungarn und die kleine Entente, Ungarns heftigste Gegnerin, zueinander in Beziehung setzen kann, bleibt freilich rätselhaft. D. Red.)

Lloyd George über die Arbeitslosigkeit.

London, 19. Oktober. (Tsch. P. B.) Lloyd George hielt heute Nachmittag seine mit großer Spannung erwartete Unterhausrede über die Arbeitslosenfrage. Er sagte, das Land mache **seit zweihundert Jahren die schärfste Periode von Arbeitslosigkeit durch.** Im gegenwärtigen Augenblicke seien in England 1,750.000 Erwerbslose. Die größte Arbeitslosigkeit herrsche in der Metallindustrie. Die Ursache einschließlich der Störung der Handelsmaschinerie und der Schwankungen [illegible] Wechselkurse könnte in ein Wort [illegible] werden: Krieg. Zwei A[illegible]ten möglich: Entweder der Staat tue nichts, oder er biete, soweit es ihm die beschränkten Mittel gestatten, Unterstützung. Niemand trete ernst für die erste Politik ein. Sie würde, ganz abgesehen von den Erwägungen menschlicher Art, nicht klug sein. Die Regierung empfiehlt ohne Zögern die zweite Politik. Es entspricht nicht den Tatsachen, daß die Regierung bisher nichts unternommen habe. Lloyd George gab eine Uebersicht über die bisherigen Maßnahmen der Regierung zur Wiederherstellung des Handels und zur Behebung der Arbeitslosigkeit, unter anderem durch Förderung der Ansiedlung von Kriegsteilnehmern in den verschiedenen Dominions des britischen Reiches. Die Regierung werde weiter 300.000 Pfund Sterling beantragen, um noch mehr Kriegsteilnehmern die Auswanderung zu ermöglichen. Der Ministerpräsident fuhr fort: Es bestehen zweifellos Anzeichen, die auf ein Wiederaufleben der wichtigsten englischen Industrien deuteten. Andererseits gebe es wichtige Handelszweige, die keinerlei Besserung aufweisen. Das Beste, was man hoffen könne, sei eine langsame und gleichmässige Besserung. Inzwischen würde die Erwerbslosigkeit in großem Umfange weiter bestehen und man müsse sich anders einrichten. England sei ein Ausfuhrland und hänge vom überseeischen Handel mehr als irgend ein anders Land unter der Sonne ab. Englands Interesse beruhe in seiner Wiederherstellung, in einem Wiederaufleben des Handels, der Industrie und der Kaufkraft im Auslande, denn daß englische Waren benötigt werden, darüber herrscht kein Zweifel. Die Regierung beabsichtigt, den Exportkreditplan abzuändern. Es sei klar, daß weder der Exporteur noch der Importeur auf einer akrobatischen Grundlage der Wechselkurse aufbauen könne. Jetzt werde vorgeschlagen, den Exportkreditplan auch auf andere Länder einschließlich des britischen Reiches anzuwenden. Es bestehe kein Zweifel daran, daß die Produktionskosten zu hoch seien. Die Regierung würde für neues Unternehmungskapital, zum Beispiel für Eisenbahnen und Elektrizitätsanlagen, das bestimmt sei, das Leben der Erwerbslosen zu regeln, die Bezahlung der Zinsen garantieren. Nach dem Plane soll jedoch die gesamte Staatsgarantie die Summe von 25 Millionen Pfund Sterling nicht übersteigen. Asquith trat dafür ein, daß die ganze Frage der internationalen Verschuldung und die Frage der Reparationen neu erwogen werden sollte.

„Gott segne Irland!"

London, 20. Oktober. (Reuter.) Der Papst hat an den König ein Schreiben gesandt, in welchem er die Hoffnung ausspricht, **Gott werde die Arbeiten der irischen Konferenz segnen.** Der König übermittelte dem Papst in seinem Dankschreiben seine herzlichsten Wünsche.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Milchversorgung ist durch die freie Wirtschaft glücklich soweit gediehen, daß in den großen Industriegebieten Preise von mehr als 4 Kronen ab Stall und 5 Kronen im Detail gefordert werden. Daß das auch Wucherpreise auch dann sind, wenn man die teueren Futterpreise zur Grundlage für die Berechnungen nimmt, erhellt sich wohl am deutlichsten daraus, daß vor dem Kriege, auch wenn große Futternot bestand, die Milch ab Stall höchstens 20 h für Händler kostete. Eine Steigerung von 20 h auf 4 K und mehr pro Liter bei einem Produkt, wo eine höhere als normale (zehnfache) Steigerung deshalb gar nicht gerechtfertigt werden kann, weil der Futterpreis bei der Eigenerzeugung keinesfalls um das zehnfache gestiegen ist. Es kommt noch in Betracht, daß viele Gebiete der Republik noch Milchpreise von 2 K bis 2.50 K und 3 K haben, bei welchen Preise die Landwirte jener Gebiete noch mehr als auskömmlich leben. Dadurch ist wohl auch dargetan, daß dort, wo die übermäßig gewinnsichtig gewordenen Bauern 4 K und mehr verlangen, ein streng und rücksichtslos zu bestrafender Wucher vorliegt. Der neue Ernährungsminister wird es wohl als seine besondere Aufgabe betrachten müssen, diesen Wucherherd rücksichtslos zu zerstören, da man sonst jedes Vertrauen zu ihm und seinem Amt verlieren müßte. Die Arbeiter der Industriegebiete, z. B. Teplitz u. a. sind entschlossen, dann, wenn von oben den frechen agrarischen Wucherern das Handwerk nicht gelegt wird, zur Selbsthilfe zu greifen. Gerade weil die Milch für die Volksernährung, namentlich für die Jugend unerläßlich nötig ist, darf dieser Umstand der starken Nachfrage nicht ein Grund zu schamlosen Wucher sein, sondern es muß dafür gesorgt werden, daß der so dringend benötigte Artikel zu Preisen verkauft wird, der gerade den Aermsten den Kauf ermöglicht, ohne daß die Bauern auf einen bürgerlichen Gewinn verzichten brauchen.

Der Berliner Buchdruckerstreik. Der Berliner Zeitungskonflikt dauert an. Vorgestern fanden im Beisein des Reichsarbeitsministers Verhandlungen zwischen der Firma Mosse und ihrem Druckereipersonal statt, ohne ein Ergebnis zu zeitigen. Gestern wurden die Verhandlungen unter Vorsitz des Reichsarbeitsministers fortgesetzt.

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in der Schweiz. Der schweizerische Nationalrat stimmte mit großer Mehrheit einem Bundesbeschlusse zu, wonach die schweizerische Eidgenossenschaft der Uhrenindustrie zwecks Erleichterung der Wiederaufnahme ihrer Produktion und Verwertung ihrer Produkte eine vorübergehende Hilfe in der Form von Zuschüssen an Produktionskosten oder zum Ausgleich eines Teiles von Valutaverlusten gewährt. Zu diesem

Ueberreichung der Genfer Entscheidung.

Die Sozialdemokraten für Wirth. — Wahrscheinlich doch Rücktritt der Regierung.

Wien, 20. Oktober. (Drahtbericht des „Sozialdemokrat"). **Die Entscheidung des Botschafterrates ist heute um fünf Uhr dem deutschen Botschafter in Paris übergeben worden.** Wegen ihres großen Umfanges dürfte die amtliche Uebersetzung nicht vor morgen Mittag veröffentlicht werden. Der Reichstag wird wahrscheinlich Samstag um neun Uhr früh zusammentreten. Die **sozialdemokratische Reichstagsfraktion** trat heute zusammen. Bei ihrer Aussprache ergab sich als **einmütige Auffassung,** daß die **Entscheidung über Oberschlesien keinen Anlaß gibt, eine Regierungskrise herbeizuführen,** und daß für eine solche kein Augenblick unglücklicher gewählt werden könnte als der gegenwärtige. Die Fraktion lehnt es ab, die Frage des Verbleibens oder des Sturzes der Regierung in diesem Augenblick von der Lösung der komplizierten Steuerfrage abhängig zu machen, welche langwierige und sachliche Beratungen erfordert. Die Fraktion ist der Ueberzeugung, daß die Reichsregierung ihr Verbleiben von nichts anderem abhängig machen darf, als von dem Votum des Reichstages, das sofort nach der Entscheidung über Oberschlesien einzuholen sein wird. Die Fraktion ist bereit, der gegenwärtigen Regierung das Vertrauen auszusprechen. Dieser Auffassung der Fraktion stimmten auch die Vertreter Oberschlesiens ausdrücklich zu. Trotz diesem Beschluß ist es nicht ausgeschlossen, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts von den anderen überstimmt werden, und daß das **Kabinett morgen Vormittag** zurücktritt.

Das Ultimatum.

Paris, 19. Okt. (Havas.) Die Botschafterkonferenz hat heute nachmittag die Mitteilung über die Entscheidung der Alliierten betreffend Oberschlesien redigiert. Sie wird morgen nachmittags der deutschen und der polnischen Regierung zugestellt werden. Diese Entscheidung ist bereits heute abends der interalliierten Kommission in Oppln mitgeteilt und die für die Festsetzung der deutsch-polnischen Grenze gebildete Kommission ist beauftragt worden, unverzüglich mit der genauen Festlegung der neuen Grenzlinie in Oberschlesien zu beginnen.

Die amtliche Notifizierung, in welcher auch alle im Vertrage erwähnten Folgen angeführt sein werden, wird erst nach Festsetzung der Grenzen und der seitens Deutschlands und Polens gegebenen Versicherung erfolgen, **daß eine vorläufige wirtschaftliche Regelung durchgeführt werden wird.**

Warnung an Deutschland.

London, 19. Oktober. (Reuter.) Die polnische Regierung hat die Versicherung gegeben, daß sie alles Mögliche tun wird, um **die Entscheidung des Völkerbundes zu verwirklichen,** und die Hoffnung kundgegeben, daß die Empfehlung des Völkerbundes einen günstigen Einfluß auf die deutsch-polnischen Beziehungen haben wird. Von deutscher Seite ist bisher keine klare Erklärung eingetroffen, doch herrscht in den maßgebenden britischen Kreisen, welche die erwähnte polnische Erklärung billigen, die Anschauung vor, daß die Haltung Warschaus eine beruhigende Wirkung in Deutschland zur Folge haben wird. **Sollte sich eine der beiden beteiligten Parteien weigern,** die Entscheidung des Völkerbundes anzunehmen, dann könnte sich der Oberste Rat entschließen, **neuerdings die Grenze zu prüfen,** die aber sicherlich zu Gunsten jenes Staates, **der sich der Entscheidung des Völkerbundes unterworfen hat, ausfallen würde.**

Heldentaten des „Selbstschutzes".

Oppeln, 19. Oktober. (Havas.) In den letzten Tagen haben **deutsche Kampfabteilungen** einige Male **französische Soldaten** im Industriebezirke **überfallen.** So z. B. wurde am 17 ds. ein Soldat in Königshütte und ein französischer Schützensergeant in Hindenburg überfallen, welcher einen der Attentäter festnahm. Am 18. ds., abends, wurden zwei französische Schützen bei Hindenburg überfallen und hiebei der eine durch einen Revolverschuß getötet, der andere verletzt.

Zwecke wird dem Bundesrate ein Kredit bis zum Betrage von 5 Millionen Franken eröffnet. Gleichzeitig wird der Bundesrat ersucht, einen Bericht und eine Vorlage darüber einzubringen, ob nicht auch den übrigen notleidenden Erwerbszweigen eine außerordentliche Bundeshilfe gewährt werden soll.

Verpachtung von Fabriken in der Sowjet-Ukraine. In der Ukraine wurden mehrere Ziegeleien, Zementfabriken und Sägewerke verpachtet. Im Pachtvertrage wurden für den Staat 11 Prozent der Fertigprodukte ausbedungen. Außer den schon verpachteten Fabriken sollen noch zwölf Textilfabriken verpachtet werden. (Rosta-Wien).

Herabsetzung der Seefrachttarife. New-York, 19. Oktober. (Havas.) Aus einer vom Schiffahrtsamte einberufenen Konferenz kündigte der Vertreter der Schiffahrtsgesellschaften eine Herabsetzung der Frachttarife zwischen dem europäischen Kontinente und Amerika an. Die Herabsetzung beträgt 15 bis 20 Prozent für Metalle und 3 bis 5 Prozent für Oele, Getreide, Fleisch und Konserven.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 3263, 100 Mark 61½, 100 schweiz. Franken 1768, 100 Lire 373½, 100 franz. Franken 694, 1 Pfund Sterling 374½, 1 Dollar 95⁵/₈, 100 belg. Franken 689, 100 Peso 1257½, 100 Dinar 133¾, 100 Lei 70⁵/₈, 100 österr. Kronen 3.40, 100 poln. Mark 2.30, 100 ung. Kronen 13.65 tsch. Kronen.

Kleine Chronik.

Ein Explosionsunglück in Oberösterreich. Linz, 18. Oktober. Beim Bau des Kraftwerkes Partenstein in Neufelden ereignete sich gestern gegen 10 Uhr abends im Stollen 7 des ersten Bauloses ein schweres Unglück. Aus bisher unbekannter Ursache explodierte beim Anbohren ein Dynamitrest einer früheren Mine. Ein Arbeiter wurde auf der Stelle getötet, zwei Arbeiter schwer und drei leicht verwundet.

Die Elektrisierung der Arlbergbahn. Man schreibt uns: Viel mehr als in Deutschland ist es in Oesterreich ein Gebot der Not, die teueren und knappen Kohlen durch die reichen Wasserkräfte des Landes zu ersetzen. Das umsomehr, als Oesterreich 94 Prozent seines Kohlenbedarfes aus dem Auslande einführen muß. Man hat daher in erster Linie daran gedacht, die Gebirgsbahnen, die infolge ihrer gewaltigen Steigungen einen besonders großen Kohlenverbrauch aufweisen, zu elektrisieren. Dadurch allein schon könnte die Kohleneinfuhr, die 14 Millionen Tonnen jährlich beträgt, um die Hälfte verringert werden. Zwei Wasserkraftwerke werden zurzeit ausgebaut, um die wichtigste und berühmteste österreichische Gebirgsbahn, die Arlbergbahn, zu elektrisieren, nämlich das Rutzwerk bei Innsbruck und das Spullerseewerk bei Danöfen am Arlberg. Das letztere ist im Bau schon so weit fortgeschritten, daß mit dessen Inbetriebnahme im Jahre 1923 gerechnet wird. Das Spullerseewerk ist eine Hochdruckanlage, die verfügbaren Wassermengen sind verhältnismäßig gering, dafür ist das Gefälle umso bedeutender. In einer Druckrohrleitung stürzt das im See gesammelte Wasser achthundert Meter hoch herab. Der Kessel, in dem der See liegt, wird durch Mauern abgeschlossen, sodaß das Seebecken bedeutend erweitert wird und imstande ist, die gewaltigen Wassermengen der Schneeschmelze aufzunehmen. Auf diese Weise kann die Wassermenge von bisher zwei Millionen Kubikmeter auf fünfzehn Millionen Kubikmeter gebracht werden, die mit dem normalen Zulauf ausreichen, das Werk das ganze Jahr hindurch betreiben zu können. Durch die Elektrisierung kann der Betrieb der Arlbergbahn ganz wesentlich beschleunigt werden, und zwar um 30 Prozent. Der Kostenvoranschlag belief sich 1920 auf 155 Millionen Kronen, heute muß infolge der katastrophalen Entwertung der Krone schon mit dem Zwanzigfachen dieser Summe gerechnet werden. Deutschösterreich muß den Bau aus eigenen Mitteln bestreiten, da ausländische Geldgeber dafür nicht gewonnen werden konnten.

Vorträge.

Die Deutschen Großrumäniens. Gestern sprach im Deutschen Hause über das obige Thema das deutsche Mitglied des rumänischen Parlaments Rudolf Brandsch. Er erklärte, daß die Deutschen Rumäniens auf dem Boden der Verhältnisse durchaus loyal dem neuen Staate gegenüberstehen. Diesen Entschluß durchzuführen, wird den Deutschen nicht immer leicht. In Rumänien kämpfen zwei Strömungen miteinander, der Zentralismus und der Regionalismus; das gegenwärtige Ministerium Avgresecu ist zentralistisch, die Deutschen sind Regionalisten. Ein Nationalitäten- und Sprachengesetz gibt es noch nicht. In Rumänien gibt es fünf Millionen Nichtrumänen. Die Deutschen verlangen die gesetzliche Regelung der nationalen Frage, wogegen sich jedoch starke Strömungen in der Staatsnation geltend machen. Aus nationalen Gründen ist Redner ein Gegner der rumänischen Agrarreform, die auch in wirtschaftlicher Hinsicht schädlich ist, weil sie die Exportfähigkeit des Landes unterbindet. Rumänien ist reich an Naturprodukten, aber wirtschaftlich noch sehr rückständig. Die wirtschaftliche Zukunft Rumäniens liegt in der engen Verbindung mit dem Westen. — Die Deutschen des Landes haben eine ziemlich einheitliche Organisation. Das war nicht leicht, weil die verschiedenen Siedlungsgruppen eine verschiedene Entwicklung durchgemacht haben. Dieser einheitlichen Organisation gehören jedoch die deutschen Sozialdemokraten, die zwei Vertreter in der Kammer haben, nicht an. Was das Schulwesen betrifft, können die Deutschen zufrieden sein. Die Siebenbürger Sachsen haben ein autonomes Schulwesen auf evangelischer Grundlage. Da aber noch kein Schulgesetz besteht, darf man wegen der Zukunft nicht ganz unbesorgt sein. Aber die Deutschen haben den festen Willen, sich zu behaupten. Arbeiten und nicht verzweifeln, ist ihre Losung. — Der Redner sprach durchaus in bürgerlich nationalem Geiste.

Kunst und Wissen.

„Minna von Barnhelm" kam Mittwoch am „Neuen Theater" neueinstudiert heraus. Wieder hat das Zeitenrad eine energische Umdrehung gemacht, die Vorstellungen von Fürstenmacht und Fürstengrade, von Offiziersehre und Soldatenruhm sind uns weltenfremd geworden, aber Lessings Meisterlustspiel hat sich seine lebendige Kraft bewahrt. Die Edelpatina des Problems und der Figuren bildet eher einen Reiz mehr, und wenn wir mit dem „Standesstück" nicht mehr viel anzufangen wissen, so begreifen wir desto besser das hohe Lied der Güte, das, seinen Schöpfer lobend, aus allen Gestalten des Spieles singt und klingt. Die darstellenden Künstler bemühten sich nicht sonderlich, diesen ewig-menschlichen Gehalt des Werkes herauszuarbeiten, sie spielten mehr weniger nach der alten Schablone. Namentlich das führende Paar verstieg sich unnötig hoch in Pathos, Tragik und Süße, das zweite Pärchen Werner und Franziska, verkörpert durch Herbert Mühlberg und Irma Dierks, wurde seiner Aufgabe schon eher gerecht, nur benahm sich das „Frauenzimmerchen" bisweilen etwas zu laut. Felix Kühnes Wirt hätten einige Uebertreibungen werden dürfen, Wenzel Hoffmann stellte mit seinem Just eine treffliche Charaktermaske heraus. K.

Theater in Brünn. Die Erstaufführung von Karl Rößlers Komödie „Der pathetische Hut" sollte uns mit einer politischen Satire bekannt machen. Der Autor greift den Münchner Oktoberaufstand von 1919 auf und zeigt Folgendes: Der unabhängige Sozialist Dr. Heinrich Lang, der als Kind unbekannter Eltern im Waisenhaus aufgewachsen ist, hat sich durch Rücksichtslosigkeit nicht weniger als durch Begabung emporgearbeitet und sitzt nun an leitender Stelle im Ministerium. Seine politische Macht mißbraucht er, der ein starker Weiberkonsument trotz Frau und erwachsener Tochter ist, zu persönlichen Schiebergeschäften größten Stils und kühlt sein Mütchen an seiner arbeitsreichen Vergangenheit: er wohnt im königlichen Schloß, sein ehemaliger Vorgesetzter, ein an den Ereignissen fast irrsinnig gewordener Geheimrat, muß ihm Hilfsdienste leisten, ein Hofmarschall seiner Tochter wie einst den Prinzessinnen Tanzunterricht erteilen; ein Major ist sein Portier. Da eröffnet ihm der Zufall noch andere Möglichkeiten: die von ihm einst im Landtag als Hure gebrandmarkte Maitresse des Königs erscheint und bittet um Zuflucht. Er gewährt sie aus egoistischen Gründen. Königstreue Generäle und Hofbeamte feiern bei ihm den Geburtstag des Königs, der flüchtige König erscheint, um seine Renten und seine Krone, den „pathetischen Hut" zu holen und wird von Lang überrascht. Doch gegen 10 Prozent Beteiligung an der Riesensumme hilft er sie über die Grenze schmuggeln, ja, er verschafft dem König einen falschen Paß, weil ihm die Maitresse eine Liebesnacht dafür verspricht, in der er allerdings versagt!!! Die Geschichte kommt heraus, er scheint erledigt zu sein, doch gibt er den Kampf nicht auf. — Was nützt es, daß ihm gegenüber ein wahrer reiner Sozialist, eine enttäuschte Apostel- und Märtyrergestalt wie Kurt Eisner, steht? Darf man irgend eine politische Partei selbst auf Grund beweiskräftigen Aktenmaterials in dieser Weise belasten? Und hier liegt gar keines vor!! Die grimmigste Satire ist erlaubt, wenn sie mit wahrhaft funkelndem Geist und künstlerischem Anstand durchgeführt wird. Hier mangelt es an beiden. Das erste beschränkt sich auf drei, vier nicht unebene witzige Bemerkungen, vom zweiten ist nur das Gegenteil zu spüren: die Maitresse erzählt dem rückgekehrten, über alles edlen und plötzlich urweise gewordenen König, der von seinem verflossenen Königtum als von einem „Kram" spricht, wie es durch ihre Kälte dazu gekommen sei, daß Land in entscheidender Bettstunde „entmannt" wurde; der König bekommt sie also körperlich unberührt in seine zivilen Arme! Das Vaterland ist wie ihre Ehre gerettet! Kein Proletarier hat seinen Bettschatz lädiert und den anderen haben sie auch unversehrt vor dem Zugriff des „Politikers und Geschäftemachers" über die Grenze geschafft. Dr. Stern, eben der wahre reine Sozialist, verhilft ihnen ein zweites Mal dazu. König bleibt König ohne Infektionsgefahr und der andere ein Schuft. Es ist unerfindlich, was zur Annahme und Aufführung dieser menschlich und künstlerisch unapetitlichen Geschichte veranlaßt haben mag.

Dr. G. G.

Neues Theater. Heute Puccinis „Mädchen aus dem Goldenen Westen". Samstag „Das Geständnis".

Gastspiel Max Pallenberg. Im Laufe der nächsten Woche wird Max Pallenberg, der unübertreffliche Charakterdarsteller und Komiker des Deutschen Theaters in Berlin, eine Serie von Gastspielabenden absolvieren. Am 25. Oktober tritt er in der Titelrolle von Molieres „Der Geizige" auf, der durch Carl Sternheim eine dichterische Erneuerung erfahren hat. Die Vorstellung findet zum Besten des Pensionsinstitutes des Verbandes der Deutschen Journalisten in Böhmen bei aufgeh. Ab. statt. Am Mittwoch, den 26. spielt er im Schwank „Die Sache mit Lola" (Nachtvorstellung 10 Uhr) und Donnerstag, den 27. in der Komödie „Der Herr Minister" von Paul Schirmer. Wiederholungen Freitag und Samstag nachts. Kartenverkauf für die ersten zwei Abende ab heute.

Sonntag, den 23. abends „Vetter aus Dingsda".

Sonntag nachmittags halb 3 Uhr Sudermanns „Das Glück im Winkel".

Mozartzyklus. Montag „Figaros Hochzeit". Mittwoch „Cosi fan tutte" (29. volkstüml. Vorst.). Nächsten Samstag „Entführung aus dem Serail". 1. November „Don Juan", 4. November „Zauberflöte". Kartenverkauf täglich.

Hans Pfitzner, berühmter Komponist, dessen letzte Oper in voriger Saison mit großer Sensation aufgeführt worden ist, dirigiert im großen Saale der „Lucerna" am Sonntag, den 23. ds, um halb 4 Uhr nachmittags die Schaksche Philharmonie. Karten zu Kr. 6.— im Vorverkauf.

Aus der Partei.

Die Bezirkskonferenz Aussig Stadt wurde auf Donnerstag, den 20. Oktober, verschoben.

Die Kreiskonferenz Aussig der sozialistischen Jugendorganisationen findet Sonntag, den 23. Oktober, in Aussig statt.

Turnen und Sport.

Wettspiele am Samstag in Prag: Karlsbader FK.—Viktoria Zizkow, Deutsches Theater—DFC. Alte Herren.

Wettspiele am Sonntag in Prag: Vormittags AFK. Vršovice—DFC. Nachmittags u. a. Meisterschaftsspiel Sparta—Slavia.

Vereinsnachrichten.

Der Zentralverband der Handels- und Industrieangestellten und der Tschechoslowakische Verband der Handels- und Transportarbeiter veranstalten heute Freitag, den 21. d. M., um 7 Uhr abends eine öffentliche Versammlung im Saale der Schützeninsel, in der die Forderung der 8prozentigen Gehaltserhöhung besprochen wird. Es referieren Vertreter der Organisationen und Abgeordnete. Die Angestellten der Geschäfte und Büros werden ersucht, sich in diese Versammlung einzufinden.

Mitteilungen aus dem Publikum.

„Urania."

Heute 6 Uhr, Physik. Institut, Weinberggasse 3, „Moderne Experimentalphysik" mit Exper. Doz. Fürth. Zweiter Vortrag: „Drahtlose Telegraphie und Telephonie" (Verstärker, Audion, gerichteter Empfang). Der Vortrag wird die neuesten Forschungen auf diesem Gebiete behandeln. Einzelkarte 4 Kronen.

„Briefe an Gott." Albert Ehrenstein-Wien, Vorlesung aus eigenen Werken. Samstag, den 22., 8 Uhr. Karten 8—3 Kr.

Wilhelm Klitsch: Rezitationsabend Sonntag, den 23., halb 8 Uhr (nicht halb 6). Karten 10—4 Kronen.

„Eine neue Farbenlehre", mit Lichtb. und Zeichnungen. Geheimrat Ostwald. Montag, den 24., halb 8 Uhr. Der Vortrag behandelt das Hauptforschungsgebiet des berühmten Gelehrten. Karten 17—4 Kronen, Mitgl. Ermäßigung.

„Moderne Komponisten und Dirigenten am Vortragstisch." Unter diesem Titel eröffnet die „Urania" eine ganz neuartige Vortragsreihe, in der bedeutende Künstler auf dem Gebiete der Musik zu Worte kommen werden. Es werden sprechen: Gerhard Keußler-Hamburg, Eduard Mörike-Oper Charlottenburg, Franz Schreker-Berlin, Felix Weingartner-Wien, Alexander Zemlinsky-Prag. — Als erster liest Franz Schreker Mittwoch, den 26., 8 Uhr, seine in Arbeit befindliche Oper „Irrelohe" (mit einleit. Worten). Karten 8—3 Kronen.

Samstag den 22. Oktober 1921 220

DFC. alte Herren – SK. Deutsches Theater

Vorverkauf: 4 bis 6 Uhr Café Elektra, halb 6 bis halb 8 Uhr abends Café Continental.

am Sonntag den 23. Oktober 1921 um halb 3 Uhr.

DFC.—AFK. Vršovice

Vorverkauf halb 6 bis halb 8 Uhr abends Café Continental. 219

Herausgeber:
Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Das tanzende Prag besucht nur die
TANZ-BAR
ASTORIA
Prag, Ovocný trh. Entrée frei.
212

Reserviert für:
MERL & WEISS
FACHMANN. BURO-EINRICHTUNGEN
PRAG, NARODNI 23a.
141

Büro- und Geschäfts-Einrichtungen
amerik. Roll-Flachpulte, Registraturen, Kassen-Regale, Verkaufspulte, Gasthausmöbel etc. offeriert den p. t. Gewerkschaften und Genossenschaften zu Vorzugspreisen 127
A. Kominik, Prag II., Nerudova 6. Telefon 8514-VIII.

BIO
LIDO
Lasca
Roman in 5 Teilen. Es spielt: E. ROBENTS.
Nächste Woche:
Die Geyer-Wally.
H. PORTEN.

SVĚTOZOR
Fortsetzung des grossartigen französischen Films
Pariser Mädl:
Lebendige Tote und die Lilie im Sturm.

Verlanget 14
in Drogerien und Konsumvereinen
„BRILANTOL"
beste Kleiderstoffarbe.

Kanafase, Inlete!
in kompletten Breiten. Chiffone, Damaste, eigene Erzeugung von Arbeiterwäsche, ferner grosse Auswahl in aller Art Barchenten und Kleiderstoffen.
Otto Taussig, Prag I., Dušní 1.
Telephon 8039/VI.
Persönlicher Besuch erwünscht. 126

Konsumvereine führet nur
Libaner Presshefe
Zentrale: Prag, Rybná ulice 13.
25 Fabrik: Liban.

Nur in der Wiederholung liegt der Erfolg der Anzeigen!

Das „Prager Archiv für Gesetzgebung und Rechtsprechung"
veröffentlicht fortlaufend die Gesetze und Verordnungen der Tschechosl. Republik in deutscher Übersetzung, zumeist mit Erläuterungen, ferner die wichtigsten Erlässe der Zentralstellen und berichtet ständig über die Rechtsprechung der obersten Gerichte.
Die zuletzt erschienenen Hefte enthalten:
Nr. 18. Das neue Umsatz- und Luxussteuergesetz mit Komentar von Dr. Fein und Dr. Novotný. Einzelpreis 14 Kč.
Nr. 19. Die neuen Steuern- und Gebührengesetze mit Erläuterungen. Einzelpreis Kč 8·50.
Nr. 20. Die Gesetze über die Gemeindewirtschaft, ferner Kleinpächtergesetz usw. Einzelpreis 9 Kč.
Nr. 21. Die neuen sozialpolitischen Gesetze (Betriebsausschüsse, Pensionsversicherungsnovelle, Unfallversicherung, Arbeitslosenunterstützung, Terrorgesetz, usw.) Einzelpreis 6 Kč.
Separatausgaben:
1. Krankenversicherung der Arbeiter (der gesamte geltende Rechtsstoff) von Dr. Robert Marschner. Preis 9 Kč.
2. Pensionsversicherung der Privatangestellten. Vollständiger nunmehr geltender Gesetztext mit Kommentar von Dr. Heinz, Post (Anhang: Beispiele für Rentenberechnungen). Preis 15 Kč.
3. Staatsbürgerschaft und Heimatrecht. Gesetz und Erläuterungen von Dr. Rolf Schmiedt-Sollisian. Preis Kč 4·50.
4. Wehrgesetz mit Erläuterungen von Dr. Friedrich Jarka. Preis 8 Kč.
Der Abonnementspreis der Zeitschrift beträgt 2 K 20 h pro Druckbogen (16 Druckseiten). Bestellungen im Buchhandel und beim Verlage des 222
„Prager Archiv", Prag, Panská 12.

SELBST ORGANISIERT!!
Genossen, Eure Erfindungen, wenn auch nicht patentiert, lasset verwerten durch das international organisierte Patentverwertungsbureau EPOCHA, Prag I., Jakubská 4. Telefon 3548 b.
164

den das Land dem Tode überantworten. Wir wünschen Einigkeit unter allen Bürgern. Der Beifall, den alle Parteien, außer der äußersten Linken, dem Ministerpräsidenten zollten, zeigt das Land oder wenigstens die Kammer noch ganz befangen von dem Fieber des Militarismus. Umso anerkennenswerter handelte der sozialistische Kammerpräsident Brunett, der sich mit Anselle solidarisch erklärte und von seiner Stelle zurücktrat.

Was im „Sozialdemokrat" konfisziert wurde.

Die Abg. Gen. Dr. Czech und Cermak haben an den Justizminister folgende Interpellation überreicht:

An den Herrn Justizminister

in der Angelegenheit der Beschlagnahme der Artikel „Wenn Masaryk auf Reisen geht" und „Verbrechen des tschechoslowakischen Militarismus" der Nummer 16 des „Sozialdemokrat" Zentralorganes der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik. „Die Preßfreiheit ist gewährleistet". So heißt es im § 113 der Verfassungsurkunde der tschechoslowakischen Republik. Wie jedoch diese Preßfreiheit in Wirklichkeit aussieht, illustriert am besten folgende Tatsache:

In der am 18. September 1921 erschienenen Nummer 16 des „Sozialdemokrat" Zentralorganes der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik waren nachstehende 2 Artikel veröffentlicht:

1. **Wenn Masaryk auf Reisen geht.**

„In langen, von Knechtseligkeit triefenden Schilderungen berichtet das tschechische Preßbüro, das aus dem k. k. Telegraphenkorrespondenzbüro hervorgegangen ist und diese Herkunft nicht verleugnen kann, über die Reise Masaryks durch Mähren nach der Slowakei. „Während der Pausen unterhält sich der Präsident in freundlicher Weise... sichtlich erfreut, verläßt er das Theater... Freudiger Jubel.. herzliche Weise... Geschützdonner.. das Mädchen mit dem Blumenstrauß..." Unter solchen Begleiterscheinungen kam Masaryk nach Brünn, dessen Gemeindevertretung bekanntlich trotz der peinlichen Finanzkrise der Stadt Unsummen für die Ausschmückung bewilligt hat. Dort wurde er zum Teil angesungen und zum Teil von etwa einem halben Dutzend Honorationen begrüßt. Der Herr Macku, der Bürgermeister von Brünn, sagte unter anderem: „Sie kommen, Herr Präsident, in ein anderes Brünn, als das sie früher betreten haben: es ist das aus nationaler Knechtschaft befreite Brünn..." Unter dem „befreiten Brünn" versteht Herr Macku eine Stadt, in der die Deutschen überall und immer das Maul zu halten haben, in der alle Denkmäler und deutschen Inschriften mit Gewalt ausgemerzt wurden und in der bestenfalls die Deutschen zur „Huldigung" dieses Regierungssystems, zu dessen Vertretung sich Masaryk hergibt, zugelassen werden. Die Deutschen Brünns haben von dieser Gnade keinen Gebrauch gemacht. Und da der Herr Zeremonienmeister der Republik ängstlich bestrebt war, jeden Ton, der nicht aus demütiger Seele kommt, zu bannen, wird der Präsident auf seiner ganzen Reise nur Untertanen begrüßen. In Olmütz, wohin die Reise geht, kann der Neuhumanist die schönsten und besten tschechischen Haubitzen und Maschinengewehre bewundern und auch in der Slowakei wird er mit Hilfe zahlloser Gendarmen eine musterhaft hergerichtete Ordnung finden. Mit größter Befriedigung über das Geschaute wird er nach Prag zurückkehren."

2. **Verbrechen des tschechoslowakischen Militarismus.**

Den Militarismus als System, das dem Völkermorde dient, den Militarismus als das gefährlichste und stärkste Machtmittel der herrschenden Klassen bekämpft das sozialistische Proletariat überall; überall ist es seine vornehmliche Aufgabe, den Militarismus im eigenen Lande zu bekämpfen. Das antimilitaristische Proletariat der Tschechoslowakei aber hat hierin eine schwerere Aufgabe als die Arbeiterschaft anderer Länder. Denn so jung dieser Staat, so neu sein Militarismus ist — er ist gewalttätiger, rücksichtsloser und verbrecherischer, als der selbst der alten großen imperialistischen Staaten. Wir haben gestern mit Empörung festgestellt, daß in Schlesien drei Menschen Todesopfer der Kriegsspielerei geworden sind, die in der Tschechoslowakei mit unerhörter, verbrecherischer Fahrlässigkeit betrieben wird. Man hat in dem Uebungsgelände, in dem die Artillerie-Scharfschießübungen stattgefunden hatten, die Blindgänger unbekümmert liegen gelassen und diese brutale Sorglosigkeit hat zwei ahnungslosen Kindern und einem unvorsichtigen Manne das Leben gekostet. Heute bringen wir der Oeffentlichkeit einen neuen Fall zur Kenntnis, der sich in Dürnholz in Südmähren zugetragen hat. Auch dort hatten in der letzten Zeit Schießereien stattgefunden. Dieser Tage fand nun der Bindermeister Jakob Walter, Vater zweier unversorgter Kinder, beim Erdäpfelausnehmen auf seinem Felde einen Blindgänger. Walter stieß ihn an, der Blindgänger explodierte und riß dem Unglücklichen beide Beine weg. Am übernächsten Tage starb Walter. Diese Todesopfer zwingen zur rückhaltslosen, vernichtenden Anklage des tschechoslowakischen Militarismus, der sich zwar den altösterreichischen zum Muster genommen hat, ohne sich aber dessen geringe Vorzüge zu Nutze zu machen. Das alte Oesterreich hatte eigene Militärschießplätze in unbewohnten Gegenden. Das tschechoslowakische Militär schießt in Wäldern und Fluren, richtet unübersehbaren Kulturschaden an und fordert dabei auch Opfer, die sogar im Sinne des Militarismus als unnütz bezeichnet werden müssen. Bei jeder Schießübung läßt sich die Zahl der Blindgänger feststellen. Es wäre unbedingte Pflicht der Uebungsleiter, nach dem Schießen das Gelände solange absuchen zu lassen, bis der letzte Blindgänger gefunden und unschädlich gemacht ist. Diese Pflicht aber lassen die hohen Militärs in der Tschechoslowakei in sträflicher Fahrlässigkeit außer acht. Denn wenn sie schon nach dem Schießen die Absuchung vornehmen lassen, so beweisen die traurigen Fälle, die sich in jüngster Zeit zutrugen, daß diese Absuchung sehr mangelhaft erfolgt. Wir richten an die maßgebenden Stellen die Aufforderung — wir sind überzeugt, daß unsere parlamentarischen Vertreter unsere Anklage mit aller Energie unterstützen werden —, daß dieser verbrecherische Unfug, dieser beispiellose Auswuchs des tschechoslowakischen Militarismus sofort beseitigt wird. Wir werden mit unserer ganzen Kraft zu verhindern trachten, daß jemals die Völker dieses Staates in einen Krieg hineingetrieben werden. Wir wenden uns aber heute mit derselben Leidenschaftlichkeit dagegen, daß der tschechoslowakische Militarismus in ungestörter, brutaler Sorglosigkeit im Frieden auch Todesopfer fordert."

Diese beiden Artikel verfielen der Beschlagnahme durch den Prager Zensor und diese Beschlagnahme wurde vom Prager Landesstraf- als Preßgericht am 20. September 1921 bestätigt.

Welche strafbare Handlung soll nun durch den Inhalt der beiden Artikel begangen worden sein?

Der Inhalt des Artikels „Wenn Masaryk auf Reisen geht" soll den Tatbestand des Verbrechens gemäß § 65a Str.-G. bilden, weil darin angeblich zur Verachtung und zum Hasse wider die Staatsverwaltung aufgereizt und ein öffentlicher Beamter dem öffentlichen Spotte ausgesetzt werde und durch den Inhalt des Artikels: „Verbrechen des tschechoslowakischen Militarismus" soll nach Ansicht des Prager Staatsanwaltes und Landesstraf- als Preßgerichtes das Vergehen der Aufwiegelung durch Schmähungen, unwahre Angaben oder Entstellung von Tatsachen gemäß § 300 Str.-G. begangen worden sein. Als Advokat werden Sie, Herr Justizminister, gewiß wiederholt in der Lage gewesen sein, zu prüfen, wie ein konkreter Tatbestand unter eine abstrakte Rechtsregel subsummiert wurde, können Sie als praktischer Jurist in den beiden Artikeln den Tatbestand auch nur einer der zitierten Gesetzesverletzungen finden?

Werden Sie nicht gleich uns nach Durchsicht der beiden Artikel die Ueberzeugung gewinnen, daß die Beschlagnahme derselben nicht im Gesetze begründet sei und daß gerechtfertigt erscheint unsere Annahme, daß der Prager Zensor und mit ihm das Prager Landesstraf- als Preßgericht durchaus nicht der Verfassung, den Intentionen des Herrn Präsidenten und der Staatsverwaltung gemäß handelte, wenn Sie die beiden Artikel konfiszierten.

Wir stellen daher an Sie die Anfrage:

1. Sind auch Sie, Herr Justizminister, der Anschauung, daß die beiden genannten konfiszierten Artikel den Tatbestand der zitierten strafbaren Handlungen bildeten?

2. Sind Sie bereit, an den Prager Strafanwalt als Ihnen untergeordneten Organ der Justizverwaltung die Weisung ergehen zu lassen daß er in Hinkunft derartige dem Gesetze widersprechende Zeitungsbeschlagnahmen unterlassen. Zumal dieselben keinen anderen Effekt erzielen, als die Herausgeber der betreffenden Blätter zu belästigen und materiell zu schädigen und zu vergleichen mit den Preßverhältnissen des alten monarchistischen Oesterreich zu veranlassen, das für diese demokratische Republik keineswegs günstig ausfallen können.

Zusammenbruch der kommunistischen Ideologie.

Mutige Bekenntnisse Lenins.

Moskau, 20. Oktober. (Laurenziberg.) Am Kongreß der Organisationen für politische Erziehung hielt **Lenin** eine große Rede über die neue Wirtschaftspolitik. Sie können nicht übersehen, sagte er, welche **scharfe Wendung** die Sowjetregierung und die kommunistische Partei gemacht haben. Unsere frühere Politik setzte voraus, daß es zu einem plötzlichen Uebergang zur ursprünglichen russischen Wirtschaft kommen wird, zur staatlichen Erzeugung und zur Verteilung auf den kommunistischen Grundlagen. Zu Beginn des Jahres 1918 rechneten wir damit, daß ein friedlicher Ausbau möglich sein wird. Wir haben uns getäuscht. Damals stand vor uns die Kriegsgefahr und gleichzeitig mit dem tschechoslowakischen Aufstand begann der Bürgerkrieg, der bis zum Jahre 1920 dauerte. Unter dem Einfluß dieser und anderer Umstände haben wir den **Fehler** begangen, uns für die **augenblickliche Durchführung des Ueberganges zur kommunistischen Erzeugung und Verteilung zu entschließen.** Dieser Versuch überzeugte uns von der **Zweifelhaftigkeit dieses Vorgehens, das im Widerspruch** damit stand, was wir früher vom Uebergang des Kapitalismus zum Sozialismus geschrieben haben. **Daher traten wir den strategischen Rückzug an, um nicht geschlagen zu werden.** Das war unausweichlich. Auf der **wirtschaftlichen Front** erlitten wir beim Versuch des Ueberganges zum Kommunismus im Frühjahr 1921 eine **ernste Niederlage.** Es zeigte sich, daß der **Oberbau unserer Wirtschaftspolitik** auf labiler Grundlage beruht. Sie **rief keine Entfaltung der produzierenden Kräfte hervor,** was als die grundlegende und unaufschiebbare Aufgabe anerkannt wurde. **Die gleichmäßige Verteilung der Bedürfnisse erwies sich als Ursache einer tiefen wirtschaftlichen und politischen Krise.** Das Eintauschen der Verteilung der Lebensbedürfnisse für die Naturalienabgabe **bedeutet den freien Handel** und den **Uebergang zur Erneuerung des Kapitalismus in bedeutendem Maße.** In welchem Umfange, das wissen wir nicht. Konzessionen und Vergebungen sind eine **direkte Erneuerung des Kapitalismus,** die mit den Grundlagen einer neuen Politik verbunden ist. Die entscheidende Frage ist, wer die neue Situation ausnützt, **mit wem der Bauernstand gehen wird,** ob mit dem Proletariat oder dem Kapitalismus; wer dem anderen zuvorkommt, ob es dem Kapitalismus früher gelingen wird, sich zu reorganisieren und die Kommunisten zu stürzen, oder ob sich die proletarische Macht fähig erweisen wird, die Kapitalisten im Zaume zu halten, indem sie sich auf den Bauernstand stützt. Von dem Ausgange dieses Kampfes hängt unsere Stellung ab.

Wir brauchen eine ungeheure Hebung der Kultur. Insbesondere in Verbindung mit der neuen Wirtschaftspolitik müssen wir ständig Kulturfragen betonen. Von der primitiven Liquidierung des Analphabetismus muß dazu übergegangen werden, daß die Kenntnis des Lesens und Schreibens zur Hebung der Kultur diene, daß den Bauern die Möglichkeit gegeben werde, diese Kenntnis zur Verbesserung seiner Wirtschaft, seines Staates zu verwenden. Nach meiner Ansicht, schloß Lenin, hat die Bildung drei Feinde. Der **erste Feind** ist die **kommunistische Großtuerei,** der **zweite** der **Analphabetismus** und der **dritte** die **Bestechung.** Die kommunistische Großtuerei drückt sich darin aus, **daß der Mensch bloß deshalb, weil er Mitglied der kommunistischen Partei ist, glaubt, die volle Autorität zu haben, über Fragen der politischen Bildung zu sprechen.** Solange es in unserem Lande eine solche Erscheinung wie den Analphabetismus gibt, kann von einer politischen Bildung schwer gesprochen werden. Die politische Erziehung ist nicht an sich allein die Aufgabe, sondern sie ist die Vorbedingung, ohne welche über Politik nicht die Rede sein kann. Der Analphabet steht außerhalb der Politik. Für ihn gelten nur Gerüchte, Intriguen, Märchen, Vorurteile, aber nicht Politik. Dasselbe gilt von dem dritten Feinde. Diejenigen, welche auf dem Gebiete der politischen Bildung wirken, müssen zuerst diese drei Mörder zu Falle bringen. Je eifriger wir uns mit allen Mitteln des ganzen staatlichen Apparates und mit Hilfe derjenigen, die in den Schulen für die Bildung wirken, dieser Aufgabe unterziehen, umso rascher werden wir sie lösen.

Inland.

Die „Prager Presse", das aus Regierungsgeldern erhaltene Organ zur Verhimmelung aller jeweiligen Regierungen, will in letzter Zeit seinen Aufträgern offenbar zeigen, daß es sein Geld wert ist und befleißt sich daher, die deutsche sozialdemokratische Partei anzuständern. Während ein Teil der tschechischen Presse die Rede unseres Sprechers in der Programmdebatte, Dr. Czech, als eine sozialistische und keineswegs nationalistische erklärt, befindet das aus öffentlichen Mitteln ausgehaltene Blatt, daß die Rede von dem Verhalten der Deutschbürgerlichen „unangenehm abgestochen" habe, da sie „in wenig sozialistischer Weise die Luft mit Reizstoffen versehen" habe. Die Rede habe auch seiner (Dr. Czechs) Würde als Vizepräsident nicht entsprochen, welche verlogene Besorgnis das Blatt nur dazu benützt, um unseren Redner herabzusetzen. In seinem gestrigen Abendblatt hat es die Dreistigkeit, von den „deutschen sogenannten Sozialdemokraten" zu sprechen, die es „an gedankenlosem Ueberchauvinismus mit allen Volksstämmen der Erde aufnehmen". Es fällt uns natürlich nicht ein, uns mit dem Renegatenblatt auseinanderzusetzen, aber es wird die Regierung, in der doch auch tschechische Sozialdemokraten sitzen, zu befragen sein, ob Steuergelder, also auch Gelder der Arbeiter, dazu verwendet werden dürfen, die Partei der deutschen Arbeiterschaft durch dieses Reptil zu beschmutzen.

Milderung der Konfiskationspraxis. Die auch von uns angekündigte Konferenz über die Konfiskationspraxis hat Mittwoch abends beim Ministerpräsidenten in Anwesenheit des Justizministers Dolansky stattgefunden. Wie halboffiziös gemeldet wird, wurden einzelne Presseämter aufmerksam gemacht, daß einige Konfiskationen den Richtlinien nicht entsprechen, da das öffentliche Interesse dieselben nicht erheischte. Es wurde der Beschluß gefaßt, auch fernerhin die Presseämter darauf aufmerksam zu machen, falls sich die Praxis derselben als fehlerhaft erweisen sollte. Die beteiligten Ministerien werden der Konfiskationspraxis stets Wachsamkeit zuwenden, das Vorgehen der Presseorgane kontrollieren und dem Ministerrat ihre Beobachtungen und Vorsorgen von Zeit zu Zeit mitteilen. — Wahrhaft demokratisch wäre die Abschaffung der Zensur überhaupt.

Für Horthy. Der deutsche christlichsoziale Abgeordnete Mark aus Eger erklärte in Preßburg bei dem Besuch der deutschen Abgeordneten und Senatoren in der Slowakei u. a. folgendes: „Wir haben bei den Ungarn bisher nur das eine bemängelt, daß sie stark unter jüdischem Einflusse standen. Jetzt aber bewundern wir geradezu die Energie der Ungarn ... Wir verurteilen den Standpunkt der Wiener in der westungarischen Frage. Auf den Friedensvertrag kann man sich nicht als auf eine Rechtsquelle berufen." Damit erklären sich die Christlichsozialen Deutschböhmens solidarisch mit den Helden von Zalaegerszeg, mit den schwarzgelben Offizieren, die gegen die österreichische Republik, für Habsburg kämpfen. Und Herr Mark sprach auch aus der Seele der übrigen Deutschbürgerlichen, die diesen Besuch bei den Horthy-Sozialen in der Slowakei mitmachten.

Eine tschechische Fabiergesellschaft. Am 3. Oktober hat eine Beratung verschiedener Persönlichkeiten aus allen tschechischen sozialistischen Lagern stattgefunden, um eine Vereinigung für sozialistische Arbeit ins Leben zu rufen. Der Hauptzweck dieser Vereinigung ist, die wissenschaftlichen sozialistischen Kräfte die konzentrieren. Jede vierzehn Tage werden Diskussionsabende abgehalten und nach abgeführter Generaldebatte eine Kommission gewählt, welche für bestimmte Fragen die programmatischen Richtlinien, gelegenlich einen Gesetzentwurf, ausarbeiten wird. Von Zeit zu Zeit werden auch außerhalb der Parteien stehende Fachleute und Sozialisten anderer Nationen und Staaten eingeladen werden. Die neue Vereinigung begrüßen wir aufs herzlichste, weil sie eines der Mittel werden kann, um die sozialistische Einheitsfront in diesem Staate der Verwirklichung näher zu bringen.

Beteiligung der Bergarbeiter am Reingewinn und an der Verwaltung. Die Abgeordneten Pohl, Brozik, Draxl und Genossen haben an den Minister für öffentliche Arbeiten eine Interpellation wegen Inkraftsetzung des Gesetzes vom 25. Feber 1920, über die Beteiligung der Arbeitnehmer beim Bergbau, an der Bergverwaltung und deren Anteil am Reingewinn gerichtet. Dieses Gesetz wurde am 16. März 1920 kundgemacht. Gemäß § 15 hat der Minister für öffentliche Arbeiten durch Verordnung den Tag zu bestimmen, an dem es in Wirksamkeit tritt. Dies ist bis heute, 19 Monate nach Inkrafttreten des Gesetzes, noch nicht geschehen. Die Bergwerksbesitzer haben nach Kundmachung des Gesetzes, beziehungsweise den darauf folgenden Preisregulierungen mit dem 10prozentigen Gewinnanteil der Bergarbeiter kalkuliert, sodaß das Nichtinkrafttreten des Gesetzes als im besonderen Interesse der Bergwerksbesitzer gelegen betrachtet werden muß. Die unterzeichneten Abgeordneten stellten daher die Anfrage: 1. Ist der Herr Minister bereit, das angeführte Gesetz unverzüglich in Wirksamkeit zu setzen? 2. Ist er bereit, das Gesetz derart in Vollzug zu setzen, daß der § 12 dieses Gesetzes (Gewinnanteil) rückwirkend spätestens mit 1. Jänner 1921 in Kraft tritt.

Gedenket des Fonds für euer Zentralorgan!

Ausland.

Der Prozeß Radoslavov.

Die Bulgaren machen dem Ministerpräsidenten, der sie in den Weltkrieg verwickelt hat, nunmehr den Prozeß. Dabei treten auch die diplomatischen Schwindelkunststücke zutage, die, wie überall, so auch in Bulgarien angewendet wurden, um das Land in den Krieg hineinzuziehen. Der gewesene Finanzminister erklärte unter anderem, daß Radoslavov in der historischen Sitzung des bulgarischen Kabinetts im September 1916 erklärt habe, daß die **Serben bereits in Bulgarien eingedrungen** seien. Hierauf habe der **Ministerrat beschlossen**, das **Kriegsmanifest** zu erlassen und die Kriegserklärung an Serbien zu senden. Aufsehen erregt die Aussage des Generalissimus Zakov, der auf der Fahrt von Rumänien nach Sofia an der Grenze verhaftet worden war. Die Blätter berichten, daß Zakov erklärt habe, schon im Mai 1918 den König Ferdinand auf die vollständige Demoralisation der bulgarischen Armee aufmerksam gemacht zu haben und ihm mehrmals seine Demission angetragen habe, die der König jedoch nicht annehmen wollte. König Ferdinand habe erklärt, daß er bis zum Ende an der Seite des Dreibundes ausharren wolle.

Tages-Neuigkeiten.

Den kaisertreuen Oesterreichern Udrzal und Stanek zur Erinnerung. Der Abgeordnete Stribrny hat in der Mittwochsitzung des Abgeordnetenhauses wieder einmal sehr große Worte für die kolossale Leistung gefunden, die die Tschechen durch die Schaffung ihrer Republik vollbrachten. Er meinte, daß die Republik kein Geschenk der Entente sei, sondern daß sich die Tschechen sie selbst hätten erkämpfen müssen, durch eigene Kraft und eigene Gefahr. Da sich Stribrny so viel mit den Worten Kampf, Gefahr und Kraft operiert, ist es vielleicht ganz gut, wenn wir ihn und die anderen stolzen Tschechen-Republikaner wieder einmal an jene Zeit erinnern, da die parlamentarische Vertretung des tschechischen Volkes zwar von Kampfesmut und Liebe für Gefahren troff, dafür aber umso intensiver vor jenen Habsburgern, die sie heute als eine Gefahr betrachten, auf dem Bauche herumkroch. Wir erinnern an die patriotische Kundgebung, die die Tschechen am 24. Jänner 1917 dem damaligen österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern, Grafen Czernin, unterbreiteten. Damals haben die gegen Oesterreich im Kriege stehenden Staaten als eines ihrer Kampfziele die Befreiung der Tschechen von der Fremdherrschaft bezeichnet. Es klingt heute wirklich geradezu unglaublich, wenn man liest, wie sich die Tschechen damals in ihrem Loyalitätserguß gegen die Hilfe verwahrten, die der bewaffnete Feind dem tschechischen Volke bieten wollte. Damals erklärten die Tschechen, es läßt sich in der tschechisch-politischen Geschichte kein Fall feststellen, „daß sich verantwortungsvolle tschechisch-politische Körperschaften im Widerstreite mit der **Treue zur Monarchie** und mit der **Erhabenheit zum legitimen Erben der böhmischen Krone befanden.**" Im Jänner 1917 beklagten sich die Tschechen bei Czernin bitter darüber, daß es ihnen unmöglich sei, „**von der freien Parlamentstribüne** aus neuerdings die **Treue des tschechischen Volkes zur Dynastie und zum österreichischen Staate** zu bekunden." Die Loyalitätskundgebung vom Jänner 1917 wimmelt von Ausdrücken wie „unser österreichisches Vaterland", „unverbrüchliche Treue für den Thron" usw. „**Wir wollen bei dieser Gelegenheit**" — so heißt es in der Erklärung — „**unserem Monarchen versichern, daß wir ihm und seinen Nachfolgern treu bleiben** werden, daß wir die Rechte unseres Volkes zu erwirken suchen, daß wir aber auch stets das **Gedeihen der Habsburger Dynastie und des Reiches anstreben, daß wir treu zum König und zum Staat hinneigen . . .**" Den Tschechen wird es nicht gelingen, sich heute dahin auszureden, daß sie damals diese musterpatriotische Gesinnung nur geheuchelt hätten, daß eben in dieser Heuchelei der gefahrvolle Kampf bestanden habe, auf den sich Herr Stribrny und die anderen tschechischen Republikaner heute so viel einbilden. Abgesehen davon, daß nach einem bekannten Worte die Tyrannei wohl die Mittel hat, das Schweigen, nicht aber das Reden zu erzwingen, spricht aus dieser Kundgebung so viel biedere kaisertreue Gesinnung, daß die Tschechen durch gar keine Ausrede diese ihre Schande aus der Welt schaffen können. Wir haben die Erinnerung an diese Loyalitätskundgebung des gesamten Tschechentums für die Dynastie Habsburg deswegen heute wieder einmal besonders gern aufgefrischt, weil diese Zuschrift des damaligen Präsidiums des tschechischen Verbandes an Czernin neben anderen Unterschriften (darunter die Schmerals und Tusars) auch die Unterschriften des Herrn Udrzal, des jetzigen Nationalverteidigungsministers, und die des Herrn Stanek, des derzeitigen Landwirtschaftsministers, tragen.

Das Verordnungschaos zeitigt das Ernährungschaos. Was die deutschen Sozialdemokraten vorausgesagt haben, tritt in der Slowakei bereits in Erscheinung: die verspätete und konfuse Regelung der Getreideaufbringung hat hier ein Ernährungschaos hervorgerufen. In der Slowakei war der Drusch schon beendigt und die Frage des Getreidekontingents war noch nicht geregelt. Wie die Blätter der Slowakei melden, hatten die kleinen Landwirte fast die ganze Ernte verkauft, als es bekanntgegeben wurde, daß sie einen Teil des Getreides einliefern müssen. Jetzt fordern sie die Aufhebung der Einlieferung des Getreidekontingentes mit der Begründung, daß sie schon alles verkauft haben. Und dieses Chaos wird noch größer dadurch, daß einzelne Kommissäre, wie Slovenska Politika berichtet, das billige, für 190 Kronen gekaufte kontingentierte Getreide zu 450 bis 500 Kronenpreisen weitergeben.

Ein Marx-Kalender. Die in Parteikreisen bekannte Firma „Photokal" in Neuern, Böhmerwald, die vor zwei Jahren einen Tages-Abreißkalender mit dem Bilde Viktor Adlers, im vorigen Jahr einen Kalender mit dem Porträt Josef Seligers herausgegeben hat, bringt für das Jahr 1922 einen Abreißkalender mit dem Bildnis des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus Karl Marx. Der Kalender ist geschmackvoll gearbeitet, das Bild Marxens ist von einem Ornament umrahmt, in dessen Mitte sich das Wahrzeichen der proletarischen Solidarität, zwei einander fassende Hände, befindet. Der Kalender, der die Zierde jedes proletarischen Heims bildet, kostet netto 2.15 K.

Zur Milchpreisfrage. Der Bezirkswirtschaftsrat in Teplitz hat auf telegraphischem Wege vom Reichswirtschaftsrat die Regelung der Milchpreise gefordert, weil Landwirte und Händler einen Preis gestellt haben, wie er in keinem anderen Bezirk zu finden ist. Daraufhin hat das Ministerium für Volksernährung veranlaßt, daß seine Organe an Ort und Stelle die nötigen Erhebungen pflegen. Auf Antrag der Vereinigung sozialdemokratischer Gemeindevorsteher fand nun Mittwoch eine Sitzung der Vertreter des Ministeriums, des Bezirkswirtschaftsrates, der Gemeindewirtschaftsräte und der Landwirte und Milchhändler statt. Bei der Beratung wurde von allen festgestellt, daß der Bezirk Teplitz die höchsten Milchpreise hat, daß sogar Prag nur einen Detailpreis von Kr. 3.60 verzeichnet; auch in Eger, Karlsbad, Falkenau und in vielen anderen Bezirken beträgt der Preis merklich weniger als 4 Kronen, höchstens aber 4 Kronen. Zur Begründung der von der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher-Vereinigung eingeleiteten Aktion führte Bürgermeister Genosse Patzelt aus, daß die Milchpreise unerschwinglich und nicht zu rechtfertigen sind; eine von einem Bezirk mit äußerem Druck erwirkte Preisbildung mit annehmbaren Sätzen hat deshalb keine Wirkung, weil dann die auswärtigen Milchproduzenten nach Teplitz nicht mehr liefern und die heimische Landwirtschaft an auswärtige Händler verkauft, da sie höhere Preise bezahlen, sodaß der Bezirk ohne Milch ist. Redner forderte, daß von der Regierung Mittel und Wege gesucht werden müssen, um die Bewucherung des Volkes abzuwehren oder wenigstens einzudämmen. Es ist klar, daß wir zu wenig Milch produzieren. Die Nachfrage nach diesem wichtigsten Volksnahrungsmittel ist so groß, daß die Besitzenden und leider auch Arme für Kranke jeden Preis zahlen, um nur etwas Milch zu bekommen. Dieser Umstand wird von den Produzenten und wohl auch zum Teil von den Händlern ausgenützt; die Bauern drohen schon, daß die Milch noch teurer werden muß. Die Vertreter des Ministeriums erkannten an, daß der Preis, schon oberflächlich betrachtet, zu hoch sei und erklärten, im ganzen nordböhmischen Industriegebiet Erhebungen bei allen Arten der Landwirtschaft (Groß-, Mittel-, Kleinbesitz) unverzüglich durchzuführen, worauf dann neuerdings die berufenen Faktoren zusammenkommen und endgültig in der Preisfrage verhandeln werden; um aber bis zu dieser Zeit (3—4 Wochen!) vor zu großer Bewucherung und weiterer Preissteigerung geschützt zu sein, verlangten die Konsumentenvertreter ein Eingreifen der Regierung dahingehend, daß bis zu diesem Termin für den Teplitzer Bezirk vom Ministerium ein Höchstdetailpreis von K 4.40 festgesetzt werde, was die beiden Vertreter zu tun versprachen. — Es dürfte sich empfehlen, daß auch unsere Vertreter in den anderen Bezirken (namentlich Aussig, Teitschen, Bodenbach, Bilin-Dux, Brüx, Komotau) dieser Frage erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden.

Ein mißlungenes Attentat auf den amerikanischen Botschafter in Paris. Das tschechische Preßbüro meldet aus Paris: In die Wohnung des Botschafters der Vereinigten Staaten, Herrick, wurde ein Päckchen geschickt, das nach der Bezeichnung Parfüm enthalten sollte. Als der Diener das Päckchen öffnete, explodierte es, wodurch der Diener verwundet und einige Gegenstände des Zimmers beschädigt wurden. Beim Auspacken der Sendung hatte der Diener bemerkt, daß sich in dem Päckchen eine Granate befinde. Er warf das Päckchen auf den Boden, wobei die Explosion erfolgte. Die Blätter erinnern daran, daß der Botschafter in der letzten Zeit Briefe erhielt, in welchen er aufgefordert wurde, sich für die Aufhebung der gegen die Anarchisten Sacco und Manzetta in den Vereinigten Staaten gefällten Todesurteile einzusetzen. Man glaubt, das Attentat sei wahrscheinlich von internationalen anarchistischen Kreisen angezettelt worden. Der „New-York Herald" meldet, daß unlängst ausländische Anarchisten in Paris eingetroffen sind. Die Presse verurteilt einmütig das gegen eine in Frankreich so geachtete und beliebte Persönlichkeit gerichtete Attentat. Präsident Millerand, Ministerpräsident Briand, die Präsidenten der beiden Kammern und sämtliche hervorragenden Persönlichkeiten haben an den amerikanischen Botschafter herzliche Sympathiekundgebungen gerichtet.

Ehrenbürger der Friedliebenden. Aus New-York wird gemeldet, daß der New Yorker Gemeinderat dem Marschall Foch, dem italienischen General Diaz, dem belgischen General Jacques und den Admiral Beatty zu Ehrenbürgern ernannt hat. — Immer wieder erklären die Amerikaner, sich in europäische Angelegenheiten nicht mehr einmengen zu wollen. Dies hindert sie aber nicht, die europäische Schlächtergrößen zu amerikanischen Ehrenbürgern zu machen.

Von der tschechischen Minderheit in Wien. Das tschechische Preßbüro meldet aus Wien: An den tschechischen Komensky-Privatschulen in Wien wurde für das Jahr 1921—22 insgesamt 31.244 Kinder eingeschrieben, um 1889 mehr als im vergangenen Jahre, und zwar an den Volksschulen 21.253 (um 1709 mehr als im Vorjahre), an den Bürgerschulen 500 (um 104 mehr) und an der Mittelschule 512 (um 180 mehr). Nach dem nicht vollständigen Verzeichnis sind an den Wiener öffentlichen Schulen etwa 3500 Kinder eingeschrieben, davon 60 Prozent Kinder von Kolonisten, welche der tschechoslowakischen Minderheit in Oesterreich angehören.

Uebertragung von Geschlechtskrankheiten in Kinderanstalten? Mit einer aufsehenerregenden Angelegenheit hatten sich die Dresdner Stadtverordneten zu beschäftigen. Ein sozialdemokratischer Dringlichkeitsantrag ersuchte den Rat um Auskunft darüber, inwieweit in den städtischen Kinderanstalten in Vorstadt Trachenberge Vorbeugungsmaßnahmen getroffen sind, um die Uebertragung von Geschlechtskrankheiten zu verhindern, und ob Ansteckungen dort untergebrachter Kinder, insbesondere auf Geschlechtskrankheiten, in letzter Zeit vorgekommen sind, und ob in diesen Fällen die Ursachen der Ansteckung festzustellen sind. Aus der Antwort der Frau Stadtrat Gradnauer ging hervor, daß die Kriegsfolge der Verbreitung der Geschlechtskrankheiten im Volke die Anstalten nicht unbehelligt gelassen hat. Während vor dem Kriege Ansteckungen an Geschlechtskrankheiten nicht festgestellt worden seien, wäre dies während des Krieges und auch nachher der Fall gewesen. Bei den Mädchen seien die Ansteckungen ziemlich häufig, und namentlich nach dem Kriege hätten sich die Fälle vermehrt. Würden Mädchen bei der ärztlichen Untersuchung als geschlechtskrank befunden, so kämen sie ins Krankenhaus, würden aber von dort als geheilt wieder in die Anstalten entlassen. Das Furchtbare sei, daß nach geraumer Zeit die Krankheit wieder auftrete. Daher würden alle aus dem Krankenhaus kommenden jungen Mädchen isoliert und für sie die strengsten Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Am schlimmsten sei die Ansteckung bei schul- und sogar vorschulpflichtigen Kindern. Wie die Ansteckung vor sich gehe, könne nicht immer festgestellt werden. Die Kinder kämen aus dem Elternhaus, seien dort infiziert, die Krankheit aber noch nicht ausgebrochen. Die Krankheitserscheinungen zeigten sich erst nach Wochen. Von den Schulkindern sei letzthin ein achtjähriges, das im Feber in die

---

Cyrill Wallenta.

Von J. J. David.

Es hatte wieder einmal einen Verdruß mit der Madlena gegeben, wie jedesmal, wenn sie zusammen waren, so daß er schon vor jeder Begegnung zitterte, ohne ein Ende machen zu können. Denn freuen über ihn sollte sich diese hoffährtige Madlena, die doch nichts war, durchaus nichts. Litt sie, so war ihm doch auch nichts geschenkt. Und er sehnte sich dennoch nach jeder Begegnung. Also . . . Er war diesmal sehr zornig fort, zum Jindrak. Nun musizierten sie miteinander. Es war ein nebliger Vorwinterabend. Des Jindrak Hütte stand auf einem Bühl. Man sah ins Land, über das der Nebel seine endlosen, unkörperlichen Fäden spann, nieder zur March, die weißlichgrau, geschwellt vom Oktoberregen zwischen dicken Weidicht ihr Bett erfüllte. Der Wallenta fühlte sich ruhiger werden. Eine Dohle, die er sich einmal gefangen und abgerichtet, um sie bei Gelegenheit Annetschka zu schenken, die sicherlich noch niemals einen sprechenden Vogel gehört, warf manchmal ein zorniges Wort in ihre Tanzweisen und schlug ärgerlich mit den glänzenden, schwarzen gekappten Flügeln; denn es war ihre Schlafenszeit, und man kümmerte sich heute nicht darum. Wallenta drohte ihr mit dem Finger: „Sei ruhig, Peterl!"

Peterl spreizte die Flügel, fauchte, sah den Wallenta mit blitzenden schwarzen Augen an und schimpfte weiter.

„Das ist auch so ein Rabenvieh," knurrte der Cyrill.

„Sieht auch ganz so aus. Kann also niemand auch mit schlimmem Willen bestehlen," entgegnete Jindrak philosophisch.

„Ich dreh' ihm den Kragen um. Das kann mir gleichfalls niemand verbieten."

Peterl schien die freundliche Absicht zu merken und krächzte höchst bösartig und ergrimmt. Jindrak preßte aber seinen Blasebalg mit Macht zusammen. Er wollte mit Nachdruck und beiden Ellenbogen eine Passage herausquetschen, die ihm vielleicht nicht gemütsvoll und gewiß nicht sicher genug herauskam.

„Das wer' ich nun fortgehen," meinte der Wallenta melancholisch, wie das immer nach dem fünften Viertelchen Schnaps bei ihm kam. „Fortgehn, von wo ich doch eigentlich zu Haus bin. Und keine Katz' wird um mich krähen."

„Gewiß werd' ich, und mit Dank," entgegnete Jindrak ehrlich und befreit aufatmend.

Peterl legte den Kopf auf die Seite und schwieg. Der Blinde aber regte sich nicht, horchte angespannt und zog die Luft tief in sich. „Wie ein Lärm ist's. Weit wo. Und es brandelt."

„Unsinn. Die Nebel streichen. Da brandelt's immer."

„Sei still, Wallenta. Hören und riechen tu' ich besser als du. Es brandelt richtig." Der Vogel stieß einen grellen Ton aus. „Der Peterl spürt auch etwas."

„Laß mich sehen." Er trat vor die Hütte. Der Himmel war umzogen, und ein starker Wind hatte sich aufgemacht. Er fegte den Staub in Stößen vor sich her. Es war trockene Zeit gewesen und gegen alle Ordnung der Dinge. Ueberm Grunde aber lag ein rötliches Licht, und wie ein Rauch erhob es sich. Und da schlug es auch ein. Gellend, ängstlich, zappelig, immer wieder und schneller, wie ein Ruf um Hilfe: die Feuerglocke. „Du hast recht. Es brennt."

„Wo denn?"

„Im Dorf. Nah' beim Schloß. Kann sein, beim Zapletal."

„Geht's hin?"

„Muß ich doch. Servus, Jindrak." Er zog sich an und eilte dem Sturm entgegen. Hinter ihm aber in kurzen, schnellen Sprüngen flatterte etwas. Die Dohle folgte ihrem Herrn, angezogen von immer stärkerem Geruch der Brandstatt, völlig ermuntert von der Lohe, die sich immer mächtiger und klarer aus der Nacht hob, die rot und glosend am Himmel stand, dem Lärmen eines Dorfes, das geweckt war, da es sich zur Ruhe begeben wollte, und nun zur Hilfe herbeieilte.

Es war ein wirres Getöse. Angstgeschrei von Weibern, die nicht wußten, wo die Gefahr eigentlich herdrohte, Johlen und Greinen von Kindern. Sie überfüllten und verengten die Dorfstraße, in der sich schon manches Gerümpel zu türmen begann, das man retten wollte, Blöcken, Quietschen, Wiehern und Gebelfer von Haustieren, die man der Sicherheit halber ins Freie gelassen. Und laut und immer schrecklicher das Prasseln der Flammen, und ihre Zungen stiegen hoch und höher in die Finsternis und glühten den weißen Kirchtum an, daß sein Kupferdach blänkte und er geisterhaft in der Nacht stand und man das Zittern und Schwingen der Glocken sah; und sie leckten gierig und sehnsüchtig nach dem Schloß hinüber.

Wallenta überflog dies mit einem Blick. Eine Spritze kam herangerasselt. Er schwang sich auf den Bock, ergriff die Zügel, die man ihm ohne Wort und Einspruch überließ. Hinten herum, über Sturzäcker, auf denen der schwere Wagen tief einsank und bedenklich schwankte, lenkte er sein Gespann. Es ging dennoch schneller als durch die Dorfstraße, und man mußte nicht aufpassen und der Flüchtenden halber kaum Schritt fahren, und es bestand keine Gefahr, daß die Pferde von unmittelbarem Flammenschein und all dem Lärm scheu würden. Einmal sah er sich um. Auf der Pumpe saß die Dohle, klatschte vor Vergnügen mit den Fittichen und sah aus, wie ein kleiner Dämon. Er schlug mit der Peitsche nach ihr, sie hob die Schwingen und vermied den Hieb gewandt.

„Das Vieh bringt mir Unglück", schoß ihm durch den Kopf, und er zog den Pferden eins über, daß sie mächtig stiegen. „Annetschka", rief der Vogel darein, und dann schalt er: „Spitzbub! Haderlump!" und schnatterte allerlei dummes Zeug.

Ein tiefes Dunkel — der Laubengang vor dem Schloß. Auch kahl warfen die Stämme und das verwachsene Gezweig tiefe Schatten. Ueber den Bäumen aber stand es wie ein sehr kräftiges und leuchtendes Abendrot, und goldene Funken zogen windschnell vorüber. Das war brennendes Getreide; das fliegt weit und zündet bös.

Die Pferde schäumten, keuchten. So waren sie noch nie gehetzt worden, eine so eiserne Faust hatte ihre Zügel schon lange nicht regiert, sie emporgerissen, wenn sie straucheln wollten. Wallenta sprang ab, und ein Zujauchzen empfing ihn.

Auch hier eine heillose Verwirrung. Der dicke Feuerwehrhauptmann schoß zwecklos um, daß er kaum mehr schnaufen konnte, gab im jammernden Ton Befehle, um die sich niemand kümmerte. Alles plagte sich kopflos und ohne Leitung.

(Fortsetzung folgt.)